
A N T I - M I S S B R A U C H S G I P F E L

| | |
|---|----|
| Papst ruft Kirche zum konsequenten Kampf gegen Missbrauch auf | 2 |
| Franziskus fordert in Abschlussrede zum Kinderschutzgipfel Mentalitätswechsel in Kirche, konkrete Maßnahmen und Überwindung des Klerikalismus | |
| Vatikan plant konkrete Maßnahmen nach Anti-Missbrauchsgipfel | 3 |
| Schönborn: Anti-Missbrauchsgipfel brachte "Qualitätssprung" | 3 |
| Marx trifft in Rom Vertreter von Opferverbänden | 4 |
| Schönborn zu Kinderschutzgipfel: Starke Erfahrung von Synodalität | 5 |
| Vatikan will Daten zu Missbrauch weltweit veröffentlichen | 6 |
| Kirchenrechtlerin: Mehr Beteiligung von Laien in Kirchengovernance | 6 |
| Beim Anti-Missbrauchsgipfel im Vatikan wird es konkret | 7 |
| Papst würdigt "weiblichen Genius" bei Kinderschutzgipfel | 8 |
| Kinderschutz: Ordensobere für Reform der Ausbildung Geistlicher | 8 |
| Marx kritisiert Päpstliches Geheimnis bei Missbrauchsprozessen | 9 |
| Erzdiözese Krakau kritisiert Missbrauchsbericht von Opferverein | 10 |
| Missbrauch: Journalistin fordert von Bischöfen mehr Transparenz | 11 |
| Schonungslose Worte, Schuldbekennnis und Ruf nach Transparenz | 12 |
| Bußgottesdienst: Bischöfe bekennen Versagen im Missbrauchsskandal | 13 |
| Erzbischof: Missbrauch erfordert kopernikanische Wende in Kirche | 13 |
| Marx sieht nach Anti-Missbrauchsgipfel Bischöfe in der Pflicht | 14 |
| Vier Tage im Zeichen des Kampfs gegen Missbrauch - Eine Bilanz | 15 |
| "Verbrechen des Missbrauchs ausmerzen" | 16 |
| "Qualitätssprung in Auseinandersetzung mit sehr schwerem Thema" | 18 |

I N L A N D

| | |
|--|----|
| Schönborn: Karfreitagslösung der Regierung noch nicht ausgereift | 20 |
| Caritas: Fünf Jugendliche von St.Gabriel verlegt | 20 |
| Österreichische Priester brechen zur Fußball-EM in Montenegro auf | 21 |
| Wien: Ganymed-Performance mit christlichen Bezügen | 22 |

V A T I K A N / R O M / A U S L A N D

| | |
|---|----|
| Papst veröffentlicht Ende März ein Schreiben zur Jugendsynode | 22 |
| Kardinal Sandri vertritt Papst bei Franziskus-Feiern in Ägypten | 23 |
| Vor 50 Jahren starb Karl Jaspers | 23 |
| Kirche von England ruft vor Brexit zu fünf Gebetstagen auf | 24 |
| Kirchenblatt bleibt meistverkauftes Wochenmagazin in Polen | 25 |
| Medien: Kirche steht Umbettung Francos nicht im Weg | 25 |
| Libanon: Patriarch Rai gesprächsbereit über Zivilehe | 26 |
| Türkei: Wieder chaldäisch-katholischer Erzbischof für Diyarbakir | 27 |
| Nigerianischer Bischof: Boko Haram will die Wahlen stören | 28 |
| Indiens Premier nutzt weltgrößtes Hindu-Fest für Wahlkampf | 28 |

A N T I - M I S S B R A U C H S G I P F E L

Papst ruft Kirche zum konsequenten Kampf gegen Missbrauch auf

Franziskus fordert in Abschlussrede zum Kinderschutzgipfel Mentalitätswechsel in Kirche, konkrete Maßnahmen und Überwindung des Klerikalismus - Angelus-Gebet im Zeichen der Missbrauchskrise

Vatikanstadt, 24.02.2019 (KAP) Papst Franziskus hat die Kirche zum kompromisslosen Kampf gegen den sexuellen Missbrauch von Minderjährigen aufgerufen. Zum Abschluss eines viertägigen Gipfeltreffens mit Kirchenoberen aus rund 130 Ländern sagte der Papst am Sonntag im Vatikan: "Kein Missbrauch darf jemals mehr vertuscht werden, wie dies in der Vergangenheit üblich war." Das Vertuschen fördere die Ausbreitung dieses Übels und schaffe eine neue Skandalebene, betonte der Papst. Er forderte die Bischöfe, Ordensoberen und vatikanischen Behördenchefs auf, neue Ansätze zur Vorbeugung gegen Missbrauch auf allen Ebenen der Kirche zu entwickeln.

Der Papst wiederholte seine Zusage, dass "die Kirche keine Mühen scheuen wird, alles zu tun, was notwendig ist, um jeden Missbrauchstäter der Justiz zu übergeben". Die Kirche brauche einen "Mentalitätswechsel". An die Stelle einer Haltung, der es um die Verteidigung der Institution gehe, müsse den Opfern Vorrang gegeben werden. In der Priesterausbildung müsse darauf geachtet werden, dass Menschen mit ungeeigneter Persönlichkeitsstruktur vom Priesteramt ausgeschlossen werden.

Im theologischen Teil seiner Ausführungen erklärte der Papst, Geistliche, die Kinder missbrauchten, machten sich zu Werkzeugen des Teufels. Er führte aus: "In den Missbräuchen sehen wir die Hand des Bösen, das nicht einmal die Unschuld der Kinder verschont." Weiter sagte er: "Dahinter und darin steckt dieser Geist des Bösen, der sich in seinem Stolz und seinem Hochmut als der Herr der Welt wähnt." Die Kirche sei berufen, das Übel des Missbrauchs zu bekämpfen, das "das Herzstück ihrer Mission berührt: das Evangelium den Kleinen zu verkünden und sie vor den reißenden Wölfen zu schützen."

Mit Nachdruck betonte Franziskus den Zusammenhang zwischen sexuellem Missbrauch und Macht. Die Täter nützten die Unterlegenheit des wehrlosen Opfers aus und manipulierten dessen Gewissen und seine seelische und

körperliche Zerbrechlichkeit. Mit Blick auf die Zukunft sagte der Papst: "Das heilige Volk Gottes wird uns vom Übel des Klerikalismus befreien, der den fruchtbaren Boden für diese Gräuel bildet." Und weiter: "Die wirksamste Entscheidung, die wir den Opfern, dem Volk der heiligen Mutter Kirche und der ganzen Welt bieten können, besteht im Bemühen um eine persönliche und gemeinschaftliche Bekehrung sowie in der Demut, zu lernen und den am meisten Verwundbaren zuzuhören, ihnen beizustehen und sie zu schützen."

Ausführlich ging der Papst auch auf Fälle sexuellen Missbrauchs in Familien, Sportvereinen sowie im Internet und im Sextourismus ein und erklärte: "Die weltweite Verbreitung dieses Übels bestätigt, wie schwerwiegend es für unsere Gesellschaften ist, sie schmälert aber nicht seine Abscheulichkeit innerhalb der Kirche." In der Kirche sei das Übel des Missbrauchs "schwerwiegender und skandalöser, weil es im Gegensatz zu ihrer moralischen Autorität und ihrer ethischen Glaubwürdigkeit steht".

Angelus-Gebet zur Missbrauchskrise

Papst Franziskus hat im Rahmen des Angelus-Gebets die Missbrauchskrise in der katholischen Kirche thematisiert. In diesem Zusammenhang hat der Papst erneut eingeräumt, dass solche Fälle in der Kirche vertuscht wurden. Der Skandal betreffe "das dramatische Leid der Opfer, die nicht zu rechtfertigende Unaufmerksamkeit ihnen gegenüber und das Decken von Schuldigen durch Verantwortliche in der Kirche", sagte Franziskus am Sonntag beim Mittagsgebet auf dem Petersplatz.

"Wir wollen, dass alle Aktivitäten und Orte der Kirche für Minderjährige immer vollkommen sicher sind; wir wollen, dass alle überhaupt möglichen Maßnahmen ergriffen werden, damit sich solche Verbrechen nicht wiederholen; wir wollen, dass die Kirche in ihrer Sendung des Dienstes und der Erziehung für Kinder nach der Lehre Jesu wieder absolut glaubwürdig und

zuverlässig wird", führte der Papst beim Mittagsgebet weiter aus.

Missbrauch sei ein Problem auf jedem Kontinent; daher habe er die weltweite Konferenz einberufen, unterstrich Franziskus. "Wir haben uns unsere Verantwortung und unsere Pflicht klargemacht, Gerechtigkeit in der Wahrheit zu suchen und jede Form des Missbrauchs radikal zurückzuweisen: Machtmissbrauch, Gewissensmissbrauch, sexuellen Missbrauch."

Es gelte nun, zusammen mit allen Menschen guten Willens und den positiven Kräften der Gesellschaft zu arbeiten, um Gewalt gegen Minderjährige überhaupt zu bekämpfen. Franziskus sprach von dem "höchst schwerwiegenden Gräueltat der Gewalt gegen Hunderte Millionen von Minderjährigen, Mädchen und Jungen, in der ganzen Welt".

Vatikan plant konkrete Maßnahmen nach Anti-Missbrauchsgipfel

Moderator des Kinderschutzgipfels, Federico Lombardi, kündigt baldigen Papst-Erlass "zum Schutz von Minderjährigen und schutzbefohlenen Personen" an - Glaubenskongregation will für Bischöfe Handbuch gegen Missbrauch herausgeben - "Task forces" gegen Missbrauch geplant

Vatikanstadt, 24.02.2019 (KAP) Zum Abschluss des Anti-Missbrauchsgipfels hat der Vatikan weitere konkrete Maßnahmen bekanntgegeben. So soll es in Kürze einen Papst-Erlass "zum Schutz von Minderjährigen und schutzbefohlenen Personen" geben, teilte der Moderator des viertägigen Treffens, Federico Lombardi, am Sonntag vor Journalisten mit. Dieses "Motu proprio" solle die Vorbeugung und den Kampf gegen Missbrauch vonseiten der römischen Kurie und des Vatikanstaats stärken. Begleitet werde dieses von einem neuen Gesetz für den Staat der Vatikanstadt sowie Richtlinien für das Vikariat des Vatikan.

Des Weiteren werde die Glaubenskongregation ein "Vademecum" veröffentlichen, das Schritt für Schritt auflistet, wie Bischöfe mit

Fällen umzugehen haben und wie Prävention auszusehen hat. Außerdem habe der Papst den Wunsch geäußert, eine Art von "Task Forces" zu schaffen, besetzt mit Experten verschiedener Disziplinen. Diese sollen jenen Bischofskonferenzen und einzelnen Diözesen helfen, die sich schwer tun, das Problem anzugehen und Präventionsmaßnahmen in die Wege zu leiten, erläuterte Lombardi.

Am Montag treffen sich zudem die Organisatoren der Konferenz mit den Leitern der vatikanischen Behörden, die an dem Treffen genommen haben. Dabei wollen sie laut Lombardi weitere konkrete Folgemaßnahmen bestimmen, die sich aus den Ideen und Vorschlägen der vergangenen Tage ergeben.

Schönborn: Anti-Missbrauchsgipfel brachte "Qualitätssprung"

Vorsitzender der Österreichischen Bischofskonferenz zieht positive Bilanz nach viertägiger Kinderschutzkonferenz im Vatikan: "Es geht dem Papst um weltweit verbindliche Standards und deren Überprüfung"

Rom, 24.02.2019 (KAP) Der von Papst Franziskus einberufene Kinderschutzgipfel brachte einen "Qualitätssprung in der Auseinandersetzung mit einem schweren, sehr belastenden Thema." Das betonte Kardinal Christoph Schönborn am Sonntag im Interview mit "Kathpress" und zog dabei insgesamt ein positives Resümee: "Ich habe noch nie eine so offene, direkte, ehrliche, unverschlüsselte Begegnung erlebt wie in diesen vier Tagen", so der Wiener Erzbischof. Er habe "Synodalität erlebt", alles konnte gesagt werden. "Das starke Erlebnis war die große Einmütigkeit. Es gab keine

Parteien, wie man das bei anderen Themen schon erlebt hat", hielt der Kardinal fest.

Das wichtigste Ergebnis der vier Tage sei gewesen, dass es eine "gemeinsame Betroffenheit" durch das direkte Hören und Sehen von Missbrauchs-betroffenen gegeben habe. "Dass die Opfer im Mittelpunkt stehen, beginnt jetzt wirklich ein gemeinsames Bewusstsein zu werden." Als direkte Folge daraus sei die Überzeugung nach der "Verbindlichkeit gemeinsamen Handelns" klar geworden. "Es geht dem Papst um weltweit verbindliche Standards. Aber wir

brauchen nicht nur diese Standards, sondern auch deren Überprüfung", betonte der Kardinal. Das dritte Hauptthema der Tagung sei die Prävention gewesen: "Was wird getan, dass so etwas künftig nicht mehr geschieht."

Dabei erwartet der Kardinal konkret Vorschläge im Blick auf die Einhaltung der jetzt schon weltkirchlich verbindlichen Standards im Kampf gegen Missbrauch: "Es geht auch darum, uns auf nationaler Ebene zu helfen und uns gegenseitig auf die Finger zu schauen. Wir haben das in Österreich versucht und praktizieren das auch." Dazu werde es "sicher in den nächsten Tagen von Rom konkrete Vorschläge geben", so Schönborn.

Beeindruckt und zugleich nachdenklich gemacht hätten ihn beim Gipfel Berichte von Bischöfen aus afrikanischen Ländern, wie man in den dortigen dörflichen Strukturen versuche, ein Zusammenleben von Opfern und Tätern zu ermöglichen. Dieses schwierige Thema sei nicht dadurch zu lösen ist, indem man sagt: "Jetzt seid wieder nett zueinander." Schönborn: "Christliches Verzeihen geht nur, wenn es eine wirkliche Aufarbeitung von Schuld gegeben hat, eine echte Einsicht, ein Schuldbekennnis und eine Wiedergutmachung in irgendeiner Form. Das andere Extrem wäre die Situation: Da ist das Opfer, da ist der Täter - und es geht nichts mehr. Beides sind keine Lösungen. Da können und müssen wir noch lernen."

"Das Thema ist überall angekommen"

Kardinal Christoph Schönborn setzt große Hoffnung in das gewachsene Bewusstsein, dass es nur Null-Toleranz für Missbrauch in der Kirche, aber auch in der Gesellschaft geben darf. Das erklärte der Vorsitzende der Österreichischen Bischofskonferenz am Sonntagabend im Interview mit der "ORF-ZiB2" in einer Schaltung aus Rom.

Ein wichtiges Ergebnis sei die vom Vatikan nach dem Kinderschutzgipfel angekündigte Handreichung, die verbindlich für alle Bischofskonferenzen der Welt die Standards im Umgang mit Missbrauchsfällen regelt. "Wie ist vorzugehen bei einer Missbrauchsmeldung? Wie können Betroffene zum Reden ermutigt werden? Alle diese Standards, die für uns in Österreich weitgehend selbstverständlich geworden sind, sind in vielen Ländern der Welt noch nicht angekommen", führte der Kardinal aus.

Papst Franziskus habe mit dem Gipfel vor allem eines erreichen wollen: "Dass kein Land der Welt, kein Teil der katholischen Kirche sagen kann: Das geht uns nichts an." Die Botschaft der Treffens in Rom laute aus Sicht des Kardinals daher: "Das Thema ist überall angekommen."

Gefragt nach den Zahlungen für Missbrauchsbedingte in Österreich in der Höhe von rund 27 Mio. Euro erläuterte der Wiener Erzbischof, dass dafür "kein Cent aus dem Kirchenbeitrag" verwendet werde. In der Erzdiözese Wien habe man beispielsweise durch einen Liegenschaftsverkauf die Hilfszahlungen finanziert. Zum Vergleich verwies der Kardinal auf die Stadt Wien, die allein für die Fälle im Heim auf dem Wilheminenberg rund 40 Mio. Euro an Missbrauchsbedingte gezahlt habe.

Was Missbrauchsoffern angetan wurde, sei durch keine Zahlung wiedergutzumachen, aber es könne wenigstens gezeigt werden, "dass man sie wahrgenommen hat, dass man es ernst nimmt, dass man weiß, wie schwer das Leben durch Missbrauch geschädigt wurde, wo immer er auch geschieht." Gleichzeitig habe der Papst in seiner heutigen Rede festgehalten, dass es besonders schlimm sei, wenn Missbrauch von Vertretern der Kirche verübt werde. "Da müssen wir in aller Entschiedenheit sagen: Das darf es nicht geben", so der Kardinal.

Marx trifft in Rom Vertreter von Opferverbänden

Dabei habe Marx sich vor allem Erfahrungen der Betroffenen angehört - Zudem habe man über Verständnis von "Null Toleranz" gesprochen

Rom, 22.02.2019 (KAP) Anlässlich des Anti-Missbrauchsgipfels im Vatikan hat sich Kardinal Reinhard Marx am Freitag mit internationalen Vertretern von Opfern getroffen. Das Gespräch mit 16 Mitgliedern des Netzwerks "Ending Clergy Abuse" (ECA) habe rund eineinhalb Stunden

gedauert, teilte der Sprecher der Deutschen Bischofskonferenz, Matthias Kopp, im Anschluss mit. Dabei habe Marx sich vor allem die Erfahrungen der Betroffenen angehört; zudem habe man über das Verständnis von "Null Toleranz" gesprochen.

Über das Gespräch wolle Marx am Abend auch Papst Franziskus informieren und Grüße überbringen, so Kopp. Organisiert hatten die spontane Begegnung der deutsche Vertreter bei ECA, Matthias Katsch vom "Eckigen Tisches", und Kopp. Betroffene von Missbrauch und Vertreter von Verbänden wie ECA und der US-Initiative "BishopAccountability.org" begleiten das weltweite Bischofstreffen in dieser Woche mit eigenen Veranstaltungen. So fordern sie eine weltweit einheitliche "Null-Toleranz"-Politik gegenüber Missbrauch und dessen Vertuschung sowie angemessene Entschädigungen.

Auch kritisierten die Verbände im Vorfeld, dass ihre Vertreter bei dem Bischofstreffen nicht gehört würden. Am Mittwoch bereits gab es ein ebenfalls recht kurzfristig arrangiertes Treffen zwischen 12 ECA-Vertretern und den Organisatoren des Anti-Missbrauchsgipfels. Die Atmosphäre des Gesprächs sei offen gewesen, auch wenn es auf beiden Seiten teils unterschiedliche Vorstellungen über Zeitdauer und Durchführbarkeit von Maßnahmen gab, sagten Teilnehmer anschließend.

Schönborn zu Kinderschutzgipfel: Starke Erfahrung von Synodalität

Wiener Erzbischof: Skandal Kindesmissbrauch in katholischer Kirche kann nur durch synodale, also gemeinsame Antwort der Bischöfe, ernsthaft bekämpft werden - Öffentliche Befassung mit Missbrauchsfällen soll nicht als Angriff auf Kirche, sondern als Ausdruck einer positiven Erwartungshaltung gesehen werden

Vatikanstadt, 22.02.2019 (KAP) Der Skandal des Kindesmissbrauchs in der katholischen Kirche kann nur durch eine synodale, also gemeinsame Antwort der Bischöfe, ernsthaft bekämpft werden. Das betonte Kardinal Christoph Schönborn am Rand der Konferenz im Vatikan am Freitag gegenüber "Vatican News". "Für mich ist diese Begegnung, zu der der Papst alle Präsidenten der Bischofskonferenzen eingeladen hat, vor allem eine Erfahrung der Synodalität. Das Thema des sexuellen Missbrauchs von Minderjährigen ist ein Schock, ein Skandal, eine große Erschütterung der Kirche", so der Vorsitzende der Österreichischen Bischofskonferenz.

Der Papst habe die Spitzen der Bischofskonferenzen weltweit zu dem aktuellen Treffen zusammengerufen, um sicherzugehen, dass das Bewusstsein für die Dringlichkeit und Wichtigkeit des Problems von Kindesmissbrauch bis auf die Ebene der einzelnen Ortskirchen durchdringe, zeigt sich der Wiener Kardinal überzeugt. Es gelte ein gemeinsames Bewusstsein zu erreichen, aber auch gemeinsam aufeinander zu hören und miteinander über einen gemeinsamen Weg zur Lösung des Problems nachzudenken. "Für mich ist das eine sehr starke Erfahrung der

Synodalität, das heißt des gemeinsamen Wegs, der gemeinsamen Verantwortung und der gemeinsamen Lösungssuche."

Die intensive mediale Berichterstattung über die Thematik solle nicht als "Kampagne" missverstanden werden, führte der Kardinal weiter aus. Er selbst interpretiere die aktuelle "intensive Welle der Beschäftigung" mit dem Missbrauch in der Kirche "nicht primär als einen Angriff auf die Kirche, sondern als den - vielleicht auch etwas paradoxen - Ausdruck einer Sehnsucht, dass die Kirche doch das sein sollte, was sie eigentlich ist, und was sie in vielen Gemeinden und Gemeinschaften auch tatsächlich ist: "Nämlich eine Gemeinschaft der Hingabe für die Menschen, eine Gemeinschaft von Solidarität, in der Großes geschieht gerade für Menschen, die in Bedrängnis, Not und Armut sind."

Die Öffentlichmachung von Missbrauch solle daher nicht primär als ein Angriff verstanden werden, sondern eher als ein "Aufruf an die Kirche: ‚Seid, was ihr seid, die Welt erwartet das von euch!‘ Und in diesem Sinn kann ich in diesen sehr schmerzlichen Offenlegungen dieses unseres kirchlichen Versagens auch etwas Positives sehen."

Vatikan will Daten zu Missbrauch weltweit veröffentlichen

Glaubenskongregation ist mit Erfassung und Herausgabe der Daten befasst

Vatikanstadt/Rom, 22.02.2019 (KAP) Der Vatikan will in naher Zukunft über die Zahl aller Geistlichen informieren, die wegen sexuellen Missbrauchs von Minderjährigen kirchenrechtlich bestraft wurden. Dies kündigte der Chefermittler des Papstes für Sexualstraftaten, Erzbischof Charles Scicluna, am Freitag bei einer Pressekonferenz im Vatikan an.

Die Römische Glaubenskongregation, bei der seit knapp 20 Jahren alle Fälle von sexuellem Missbrauch durch katholische Geistliche gerichtlich verhandelt werden, arbeite an der Erfassung und Herausgabe der entsprechenden statistischen Daten, erklärte Scicluna.

Kirchenrechtlerin: Mehr Beteiligung von Laien in Kirchengovernance

Linda Ghisoni, Untersekretärin am Dikasterium für Laien, erläuterte bei Kinderschutzgipfel theologische Grundlagen für die Rechenschaftspflicht von Bischöfen und Ordensoberen in der katholischen Kirche

Vatikanstadt, 22.02.2019 (KAP) Für eine stärkere Beteiligung von Laien bei der Beurteilung der Rechenschaftspflicht von Bischöfen hat die vatikanische Kirchenrechtlerin Linda Ghisoni plädiert. Dies sei nicht deshalb nötig, weil Laien weniger anfällig etwa für die Vertuschung von Missbrauch seien als Kleriker, sagte sie am Freitag vor dem Anti-Missbrauchsgipfel im Vatikan. Vielmehr verlange es das Wesen der Kirche als einer Gemeinschaft von Gläubigen, die verschiedene Aufgaben und Stärken besitzen.

So wenig wie man sagen könne, "nur ein Bischof weiß, was für einen Bischof gut ist", könne man sagen, "nur ein Priester weiß, was gut ist für einen Priester, ein Laie für Laien, eine Frau für Frauen und so weiter". Der Idee reiner Laiengremien, die über Priester oder Bischöfe urteilen, erteilte Ghisoni indes eine Absage. Gleichwohl müssten die Kompetenzen und Erfahrungen von Laien in entsprechenden Gremien vorhanden sein. Die 53-jährige Theologin Ghisoni ist Untersekretärin am Dikasterium für Laien, Familie und Leben.

In ihrem Referat formulierte Ghisoni theologische Grundlagen für die Rechenschaftspflicht von Bischöfen und Ordensoberen in der katholischen Kirche. Die sogenannte "Accounta-

bility" war das Thema des zweiten Tages beim weltweiten Bischofstreffen zu Kinderschutz in der Kirche. Insbesondere legte die promovierte Kirchenjuristin und Beraterin der Glaubenskongregation dar, warum eine überprüfbare Rechenschaft von Bischöfen deren Autorität nicht schmälere. Vielmehr stärke dies seine Aufgabe als Hirte, indem der Bischof so noch besser in die Gemeinschaft der Kirche eingebunden werde.

Unter anderem schlug sie für das Gebiet jeder Bischofskonferenz unabhängige Gremien - besetzt mit Laien und Klerikern - vor, die Bischöfe wie Ordensoberen beraten und assistieren. Dies trage zu einem einheitlichen Level von Verantwortung bei. Daneben sollten diese beratenden Gremien hinsichtlich ihrer kirchlichen Identität von einer weiteren externen Stelle begleitet werden.

Schließlich solle das bisherige Kirchenrecht bezüglich etwa des Päpstlichen Geheimnisses dahingehend überprüft werden, dass sowohl die Würde und der Ruf beteiligter Personen geschützt werden, andererseits die notwendige Transparenz etwa zur Prüfung von Führungskandidaten oder die Bearbeitung von Verdachtsfällen gewahrt bleibt.

Beim Anti-Missbrauchsgipfel im Vatikan wird es konkret

Betroffenheit und Scham dominierten zu Beginn des weltweiten Anti-Missbrauchsgipfels in Rom. Doch es gibt auch praktische Reformvorschläge - Von Ludwig Ring-Eifel

Vatikanstadt, 22.02.2019 (KAP) Am zweiten Tag des Anti-Missbrauchsgipfels im Vatikan sind erstmals konkrete Vorschläge zur Reform des Kirchenrechts diskutiert worden. Im Kern geht es um die Frage, wie Kirchenobere abgesetzt werden können, wenn sie selbst Missbrauch begangen oder im Umgang mit Missbrauchstätern versagt haben. Die Selbstherrlichkeit katholischer Bischöfe, die zwischen sich und dem lieben Gott nur den Papst als Kontrollinstanz sehen, soll nach diesem Vorschlag ein Ende finden.

Kardinal Blase Cupich aus Chicago legte am Freitagmorgen einen 12-Punkte-Plan vor, der zahlreiche Nachfragen in der Versammlung auflöste. Demnach sollen künftig die Metropolitan-Erzbischöfe, die bislang ein eher zeremonielles Führungsamt in ihrer jeweiligen Kirchenprovinz innehaben, eine Schlüsselrolle übernehmen: Sie sollen die Verfahren an sich ziehen, die letztlich zur Absetzung eines Bischofs führen können - etwa, wenn er einer Missbrauchsanzeige nicht nachgegangen ist. Oder wenn er überführte Missbrauchstäter nicht entlassen, sondern lediglich in eine andere Gemeinde versetzt hat. Unterstützung sollen die Metropoliten bei dieser Kontrollaufgabe von Nicht-Klerikern mit juristischer und kriminalistischer Kompetenz erhalten. Am Ende soll Rom über die Entlassung des Bischofs entscheiden.

Mit diesem Vorschlag greift Cupich Reformideen auf, die im vergangenen Herbst bei der Vollversammlung der amerikanischen Bischofskonferenz in Baltimore kontrovers diskutiert wurden. Eine davon zielte darauf ab, die Metropoliten mit der Aufsicht über und den Ermittlungen gegen ihre Amtsbrüder zu betrauen. Dieser Vorschlag hat sich bei den US-Bischöfen nun offenbar durchgesetzt und soll nach dem Willen von Cupich auch weltweit eingeführt werden. Auch an den Fall, dass ein Metropolit selbst für schuldig oder unfähig gehalten wird, haben die Amerikaner gedacht: Dann muss der dienstälteste Bischof der Kirchenprovinz das Verfahren gegen den Erzbischof in die Hand nehmen.

Als Alternative zum Cupich-Vorschlag regte am Freitagnachmittag die im Vatikan arbeitende Kirchenrechtlerin Linda Ghisoni die Schaffung eines unabhängigen Kontroll- und Beratungsgremiums in jedem Land an. Es solle auf Ebene der Bischofskonferenz evaluieren, ob die einzelnen Bischöfe korrekt arbeiten und ob sie alles Notwendige tun, um den Missbrauch zu bekämpfen. Diesen Gremien sollten überwiegend Laien, aber auch Geistliche angehören, meinte die Untersekretärin im Päpstlichen Familienrat.

Anders als ihre Idee greift der Cupich-Plan auf bestehende Strukturen wie die Kirchenprovinzen und die Metropoliten zurück. Von Konferenzteilnehmern war zu hören, dass der Vorschlag aus USA realistische Chancen habe. Wenn er tatsächlich Kirchenrecht wird, hätte das weitreichende Folgen. Neben der strafrechtlichen Seite, für die der Fall des Jahrzehnte lang straflos gebliebenen Ex-Kardinals Theodore McCarrick als Warnung steht, kommt erstmals so etwas wie die Übernahme "politischer Verantwortung" von Bischöfen in den Blick.

Nicht nur wenn sie kirchenrechtlich strafällig geworden sind, müssen Oberhirten dann zurücktreten, sondern auch, wenn sie in ihrer Leitungsfunktion versagt haben. "Wer sich als Hirte unfähig erwiesen hat, seine Herde vor den Verletzungen der Missbrauchstäter zu schützen, muss gehen!", brachte der Erzbischof von Chicago die Sache auf den Punkt.

In letzter Konsequenz bedeutet der Vorschlag nicht weniger als eine Verfassungsreform im Aufbau der katholischen Kirche. Die unmittelbare Unterstellung jedes Bischofs unter den Papst würde ein Stück weit eingeschränkt, ein neues Element von "checks and balances" in die Kirchenhierarchie eingeführt. Die Missbrauchskrise wäre damit noch nicht überwunden. Aber die Nachlässigkeit, die manche Bischöfe noch immer gegenüber den Missbrauchsfällen an den Tag legen, dürfte dann der Vergangenheit angehören.

Papst würdigt "weiblichen Genius" bei Kinderschutzgipfel

Franziskus nach Vortrag von Linda Ghisoni, der Untersekretärin des päpstlichen Dikasteriums für Familie, Laien und Leben: "Es geht darum, Frauen als Figuren der Kirche in unser Denken zu integrieren. Und auch an die Kirche mit den Kategorien einer Frau zu denken"

Vatikanstadt, 23.02.2019 (KAP) Papst Franziskus hat sich beeindruckt vom Vortrag der Kirchenrechtlerin Linda Ghisoni beim Kinderschutzgipfel gezeigt. Die Untersekretärin des Dikasteriums für Familie, Laien und Leben hatte am Freitag über Zusammenarbeit in der Kirche referiert und dabei u.a. einen Vorschlag für mehr Rechenschaftspflicht von Bischöfen und Ordensoberen und einer Einbindung von Laien bei der Aufsicht darüber gemacht. Daraufhin ergriff der Papst das Wort und dankte ihr in der Synodenaula. "Als ich Dr. Ghisoni zuhörte, hörte ich die Kirche von sich selbst sprechen", erklärte er. Zwar sei in allen Vorträgen von der Kirche die Rede gewesen, "aber diesmal war es die Kirche selbst, die sprach. Es ist nicht nur eine Frage des Stils: der weibliche Genius, der sich in der Kirche widerspiegelt, die Frau ist."

Eine Frau zum Sprechen einzuladen bedeute nicht, in "den Modus eines kirchlichen Feminismus einzutreten", erläuterte der Papst und setzte hinzu, jeder Feminismus ende "schließlich damit, dass er ein Machismo mit einem Rock ist." Eine Frau einzuladen, über die Wunden der Kirche zu sprechen, bedeute vielmehr, die Kirche

einzuladen, über sich selbst und über ihre Wunden zu sprechen. Es gelte, Frauen verstärkt einzubinden, denn: "Die Frau ist das Bild der Kirche, die ihrerseits Frau ist, Braut ist, Mutter ist. Ein Stil. Ohne diesen Stil würden wir zwar vom Volk Gottes sprechen, aber als eine Organisation, als Vereinigung - nicht als eine Familie, die aus der Mutter Kirche geboren wurde."

Die Logik von Linda Ghisonis Gedanken sei "die einer Mutter", hob der Papst hervor und sagte: "Es geht nicht darum, den Frauen in der Kirche mehr Funktionen zu geben - ja, das ist gut, aber so wird das Problem nicht gelöst. Es geht darum, Frauen als Figuren der Kirche in unser Denken zu integrieren. Und auch an die Kirche mit den Kategorien einer Frau zu denken. Danke für Ihr Zeugnis."

Linda Ghisoni war die erste von drei Frauen, die eines der neun vorgesehenen Referate im Plenum der Kinderschutzkonferenz hielt. Papst Franziskus hatte die unter anderem in Tübingen ausgebildete Kirchenrechtlerin und zweifache Mutter im November 2017 zur Untersekretärin im Vatikan berufen.

Kinderschutz: Ordensobere für Reform der Ausbildung Geistlicher

Nigerianische Ordensfrau bei Anti-Missbrauchsgipfel: "Es bereitet mir Sorge, wenn ich sehe, wie hier in Rom und anderswo die jüngsten Seminaristen behandelt werden, als wären sie etwas Besonderes."

Vatikanstadt, 23.02.2019 (KAP) Die nigerianische Ordensobere Veronica Openibo hat katholische Kirchenführer aus allen Erdteilen aufgefordert, die Ausbildung von Priestern und Ordensleuten grundlegend zu überdenken. Angesichts des sexuellen Missbrauchs müssten die Knabenseminare und andere kirchliche Ausbildungshäuser, die bei künftigen Geistlichen ein falsches Gefühl von Überlegenheit förderten, ernsthaft in Frage gestellt werden. Openibo äußerte sich am Samstag als erste Ordensfrau beim weltweiten Anti-Missbrauchsgipfel im Vatikan.

"Es bereitet mir Sorge, wenn ich sehe, wie hier in Rom und anderswo die jüngsten

Seminaristen behandelt werden, als wären sie etwas Besonderes. Denn das fördert in ihnen eine falsche Selbstwahrnehmung über ihren eigenen Status", erklärte Openibo, die auch Vorstandsmitglied der weltweiten Vereinigung der weiblichen Ordensoberen (UISG) ist.

Die Ordensobere, die den anwesenden Papst Franziskus auf Englisch als "Brother Francis" ansprach, lobte den Papst für seinen Lernprozess in der chilenischen Missbrauchskrise der vergangenen fünf Jahre. Als guter Jesuit sei er demütig genug gewesen, seine Meinung zu ändern, sich zu entschuldigen und zu handeln. Darin sei er für alle Kirchenoberen ein Vorbild.

Gleichzeitig dankte sie dem Papst dafür, dass er es erstmals den weiblichen Ordensoberen ermöglicht hat, bei einer weltweiten Bischofsversammlung im Vatikan gleichberechtigt das Wort zu ergreifen.

Um die Bischöfe künftig zu mehr Rechenschaft für ihr Handeln, insbesondere beim Vorgehen gegen Missbrauch zu zwingen, schlug Openibo die Schaffung gemischter Kommissionen in jeder Diözese vor, um das Handeln der Bischöfe kritisch zu begleiten.

Marx kritisiert Päpstliches Geheimnis bei Missbrauchsprozessen

Münchner Kardinal bei Kinderschutzgipfel: "Nicht Transparenz fügt der Kirche Schaden zu, sondern begangene Missbrauchstaten, mangelnde Transparenz und Vertuschung in deren Folge" - Forderung nach kirchlichen Verwaltungsgerichten

Vatikanstadt, 23.02.2019 (KAP) Der Münchner Kardinal Reinhard Marx hat die Anwendung des "Päpstlichen Geheimnisses" bei kirchlichen Prozessen gegen Missbrauchstäter infragegestellt. Beim internationalen Anti-Missbrauchsgipfel im Vatikan sagte Marx am Samstag, er sehe keine "zwingenden Gründe", warum das Päpstliche Geheimnis bei der Verfolgung von Missbrauchsstraftaten Anwendung finden sollte. Deshalb sei der Hinweis auf das Päpstliche Geheimnis kein überzeugender Einwand gegen die Forderung nach Transparenz und Nachvollziehbarkeit in Missbrauchs-Prozessen.

Auch der juristische Grundsatz der Unschuldsvermutung für die Beschuldigten widerspreche nicht der Forderung nach Transparenz. Im Gegenteil sei ein transparentes, öffentliches und klar geregeltes Verfahren der "beste Sicherungsmechanismus gegen Vorurteile oder falsche Beurteilungen eines Falls". Dadurch werde "ein Grad an Glaubwürdigkeit geschaffen, der die Wiederherstellung des Rufs einer zu Unrecht beschuldigten Person ermöglicht". Marx betonte weiter: "Nicht Transparenz fügt der Kirche Schaden zu, sondern begangene Missbrauchstaten, mangelnde Transparenz und Vertuschung in deren Folge."

Als "Päpstliches Geheimnis" werden strenge Geheimhaltungsnormen für bestimmte Rechts- und Verwaltungsvorgänge in der katholischen Kirche bezeichnet. Ihre Verletzung steht unter Strafe. Der Geltungsbereich wurde 1974 neu geregelt.

Heute werden vom "Päpstlichen Geheimnis" vor allem Vorgänge bezüglich der Ernennung neuer Bischöfe sowie die juristischen Verfahren nach Anzeigen des sexuellen Missbrauchs von Minderjährigen geschützt. Auch die geltende Norm aus dem Jahr 2001 mit dem Titel

"Sacramentorum sanctitatis tutela" stellt Missbrauchsverfahren in Artikel 30 unter "Päpstliches Geheimnis". Kritiker des kirchlichen Umgangs mit Missbrauchsfällen hatten wiederholt das Päpstliche Geheimnis als eine Ursache für Vertuschung in Missbrauchsfällen bezeichnet.

Mehr Transparenz in kirchlicher Verwaltung

In seinem Vortrag plädierte der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz insgesamt für mehr Transparenz und Nachvollziehbarkeit von Verwaltungsvorgängen in der Kirche. "Menschen, die mit einer transparenten Verwaltung zu tun haben, können Fehler und Irrtümer im Verwaltungshandeln aufdecken und sich dagegen wehren", betonte der Erzbischof von München. Das sei insbesondere wegen der negativen Erfahrungen im Zusammenhang mit Missbrauchsfällen wichtig.

Kardinal Marx hob hervor, dass sich das Handeln der Kirche in der Welt nicht strikt und alleine auf das Geistliche beschränken könne. "Ein Vernachlässigung des weltlichen Aspekts der Kirche und dessen eigener Gesetzmäßigkeiten würden der Wirklichkeit der Kirche nicht gerecht werden." Um alle Aufgaben, die sich aus dem Sendungsauftrag der Kirche ergeben, erfüllen zu können, brauche es eine funktionierende Verwaltung, "die sich am Ziel der Kirche orientieren muss und an der Leitlinie der Gerechtigkeit", so der Kardinal.

Die Macht der Verwaltung könne auch missbraucht werden. "Dies ist zum Beispiel dann der Fall, wenn Verwaltung ihre dienende Funktion für das Zusammenleben und Zusammenarbeiten unterschiedlicher Menschen für die Erreichung höherer Ziele vergisst." Der sexuelle Missbrauch von Kindern und Jugendlichen, so Marx, sei zu einem nicht geringen Teil auf den

Machtmissbrauch im Bereich der Verwaltung zurückzuführen. "Verwaltung hat hier nicht dazu beigetragen, dass der Sendungsauftrag der Kirche erfüllt wird, sondern im Gegenteil, dass er verdunkelt, diskreditiert und verunmöglicht wird."

Gerade deshalb sei Nachvollziehbarkeit und Transparenz der Verwaltung alternativlos. Sie seien beständige Aufgaben, zu deren Erfüllung es hilfreich sein könne, sich auch von außerhalb der Kirche Unterstützung von entsprechenden Fachleuten zu holen, sagte der Kardinal. "Entscheidend ist dabei immer wieder die persönliche Haltung derer, die in der Verwaltung arbeiten und derer, die sie verantworten. Im Kern geht es um die Frage, inwiefern man bereit ist, sein eigenes Handeln vor anderen zu rechtfertigen und sich in gewissem Rahmen kontrollieren zu lassen."

Für kirchliche Verwaltungsgerichte

Weil es im Zusammenhang mit Missbrauchsfällen auch zu einem Machtmissbrauch im Bereich der Verwaltung gekommen sei, plädierte der deutsche Episkopatsvorsitzende für die Einrichtung kirchlicher Verwaltungsgerichte. Marx

erinnerte daran, dass nach Missbrauchsermittlungen Akten vernichtet oder erst gar nicht erstellt wurden. "Nicht die Täter, sondern die Opfer wurden reglementiert und ihnen wurde Schweigen auferlegt. Festgelegte Verfahren und Prozesse zur Verfolgung von Vergehen wurden außer Kraft gesetzt. Die Rechte der Opfer wurden gleichsam mit Füßen getreten und sie der Willkür Einzelner ausgeliefert", führte der Kardinal aus.

Damit kirchliche Verwaltung künftig dem eigenen Anspruch gemäß handle, müssten Verwaltungsvorgänge transparent und nachvollziehbar sein. Nur dann könnten sich Menschen gegen Fehler im Handeln der Verwaltung wehren. "Deswegen ist auch die Einführung einer Verwaltungsgerichtsbarkeit in der Kirche sehr angezeigt und notwendig", sagte Marx.

Im geltenden Kirchenrecht haben lediglich Priester und Bischöfe die Möglichkeit, gegen kirchliche Verwaltungsakte und Strafurteile Widerspruch einzulegen. Die Einführung einer allgemeinen Verwaltungsgerichtsbarkeit in der Kirche wurde von Fachjuristen seit der Inkraftsetzung des modernen Kirchenrechts im Jahr 1983 immer wieder diskutiert.

Erzdiözese Krakau kritisiert Missbrauchsbericht von Opferverein

Opferverein "Habt keine Angst" beschuldigt Krakauer Erzbischof Jedraszewski sowie 23 amtierende und ehemalige Bischöfe, Missbrauchstäter gedeckt zu haben

Krakau/Warschau/Vatikanstadt, 23.02.2019 (KAP) Die Erzdiözese Krakau hat den Bericht eines polnischen Opfervereins über sexuellen Kindesmissbrauch durch katholische Geistliche kritisiert. Der Papst Franziskus am Mittwoch im Vatikan übergebene Bericht enthalte "unwahre und manipulierte Informationen", heißt es in einer am Samstag veröffentlichten Erklärung. Darin gibt die Erzdiözese jedoch nicht an, welche Schilderungen in dem Bericht falsch seien.

Erzbischof Marek Jedraszewski lege "besonderen Wert auf die gründliche, zuverlässige, gerechte Prüfung von eventuellen Anschuldigungen des sexuellen Missbrauchs gegen Priester", wird in der schriftlichen Stellungnahme betont. Er engagiere sich vollkommen für die Etablierung von Mechanismen für die Prävention von Missbrauch und die Verteidigung von Opfern. Anlaufstellen für Betroffene und ihre Angehörigen

nenne die Erzdiözese etwa prominent auf seiner Internetseite, hieß es.

Der Opferverein "Habt keine Angst" beschuldigt in seinem Bericht Jedraszewski sowie 23 amtierende und ehemalige Bischöfe, Missbrauchstäter geschützt oder einfach nur in eine andere Pfarre versetzt zu haben. Der Krakauer Erzbischof sei einer der "glühendsten Verteidiger" des früheren Posener Erzbischofs Juliusz Paetz, so der Verein.

Paetz werden sexuelle Übergriffe auf Seminaristen und Priester vorgeworfen; er weist dies zurück. 2002 hatte Papst Johannes Paul II. (1978-2005) den Rücktritt des damals 67-jährigen ohne Angabe näherer Gründe angenommen. Die Bischofskongregation erlegte Paetz seinerzeit Beschränkungen für sein priesterliches Wirken auf.

Jedraszewski nimmt als stellvertretender Vorsitzender der Polnischen Bischofskonferenz am Anti-Missbrauchsgipfel mit Franziskus im

Vatikan teil. Er vertritt Erzbischof Stanislaw Gadecki, der wegen einer schweren Lungenentzündung nicht zum Vatikangipfel reisen konnte. Beim Missbrauchsgipfel erinnerte der Krakauer Erzbischof an jenen bis heute wichtigen Schritt gegen Missbrauch, den Papst Johannes Paul II. 2001 mit dem Motu proprio "Sacramentorum sanctitatis tutela" gesetzt habe.

Der polnische Papst hat damals die kirchenrechtlichen Bestimmungen gegen Missbrauch verschärft. Zentrale Bestimmung war die Meldepflicht aller Missbrauchsfälle von Klerikern an die vatikanische Glaubenskongregation, die seither als Sondergerichtshof für derartige Delikte fungiert. Ziel der Bestimmung war es, die Verheimlichung von Missbrauchsfällen zu verhindern. Jadrzewski bezeichnete in einer Aussendung am Samstag diese Entscheidung als "radikalen Wendepunkt" im Kampf gegen Missbrauch in der Kirche. Es sei Johannes Paul II.

gewesen, der das Problem der Pädophilie in der Kirche in Blick nahm und Wege zur Lösung eröffnete, die von seinen Nachfolgern dann weiterverfolgt wurden, so der Vizepräsident des polnischen Episkopats.

In einer Video-Botschaft aus Rom bekundete Jadrzewski mit Blick auf das "Böse", was den jungen Menschen widerfahren sei, sein "Schamgefühl und sein inneres Leid". Er betonte: "Wir sind zutiefst davon überzeugt, dass wir diese schwierige, mit Reue und Besinnung gefüllte Zeit überleben." Die Kirche werde sich erneuern und Kraft finden.

Nach Angaben des Opfervereins haben polnische Gerichte bislang 85 Priester verurteilt. Auf einer Online-Landkarte hat der Verein 384 Missbrauchsoffer eingetragen. Er fordert eine unabhängige Kommission zur Aufarbeitung der sexuellen Verbrechen und der Rolle der Kirche.

Missbrauch: Journalistin fordert von Bischöfen mehr Transparenz

Mexikanische Journalistin und dienstälteste Vatikan-Korrespondentin, Valentina Alazraki, bei Kinderschutzgipfel: "Wer nicht informiert, nährt ein Klima der Verdächtigung und des Misstrauens und provoziert Wut und Hass auf die Institution"

Vatikanstadt, 23.02.2019 (KAP) Vorbehaltlose Transparenz in der Kommunikation über Verbrechen hat die mexikanische Journalistin Valentina Alazraki von Bischöfen und Ordensoberen verlangt. Beim internationalen Anti-Missbrauchsgipfel sagte sie am Samstag im Vatikan: "Wer nicht informiert, nährt ein Klima der Verdächtigung und des Misstrauens und provoziert Wut und Hass auf die Institution." Die Fernsehjournalistin Alazraki ist die dienstälteste Vatikan-Korrespondentin und berichtet seit 45 Jahren über Vorgänge an der Kirchengipfel.

Mit Nachdruck verteidigte sie die Rolle der Medien in der Berichterstattung über sexuellen Missbrauch in der Kirche. Sie müssten mit ihr strenger sein als mit anderen Institutionen. Dies hänge mit der besonderen moralischen Rolle der Kirche zusammen. Wenn die Bischöfe sich nicht radikal auf die Seite der Opfer und ihrer Familien stellten, hätten sie allen Grund, die Medien zu fürchten. In Journalisten, die das Gemeinwohl verteidigen, hätten sie dann ihre ärgsten Feinde.

Alazraki rief die Kirchenoberen auf, nicht die Recherchen und Enthüllungen von Journalisten abzuwarten, sondern proaktiv zu informieren. "Erzählen Sie die Dinge, sobald Sie sie

wissen. Das wird sicher nicht angenehm sein. Aber es ist der einzige Weg, wenn Sie wollen, dass wir Ihnen glauben, wenn Sie sagen, dass Sie künftig keine Vertuschung mehr tolerieren werden."

Den Heiligen Stuhl rief die Journalistin auf, künftig im Klartext darüber zu informieren, wenn ein hochrangiger Geistlicher wegen Missbrauchsvorwürfen zurücktritt. Wichtig sei auch die Geschwindigkeit der Information. "Wenn nicht zeitig informiert wird, interessiert die Antwort schon nicht mehr. Dann ist es zu spät, und andere werden informieren, und das womöglich fehlerhaft."

Mit Blick auf den Ordensgründer und sexuellen Serienstraftäter Marcial Maciel sagte Alazraki, sein Fall sei auch das Ergebnis einer "kranken Kommunikation" gewesen. Im Orden habe es ein Gelübde gegeben, das die Kritik an den Oberen verbot. Daraus sei eine "kranke und korrupte Kommunikation" entstanden, aus der die Kirche Konsequenzen ziehen müsse. Nur dank des Muts einiger Opfer, einiger Journalisten und des damaligen Papstes Benedikt XVI. sei dieses "Krebsgeschwür entfernt worden."

Für die Zukunft forderte sie, die Kirche solle beim nächsten Skandal, der die sexuelle

Ausbeutung von Ordensfrauen durch Priester und Bischöfe betreffe, in die Offensive gehen. "Für die Kirche wäre das eine gute Gelegenheit, selbst die Initiative zu ergreifen und vorneweg zu marschieren beim Offenlegen dieses Missbrauchs von Sexualität und Macht."

Die anwesenden rund 190 Bischöfe und Ordensoberen quittierten den Vortrag der Vatikan-Korrespondentin mit starkem Applaus. Er war der letzte in einer Reihe von neun Referaten über die Themen Verantwortlichkeit und Transparenz der Kirche im Angesicht des Missbrauchsskandals.

Schonungslose Worte, Schuldbekennnis und Ruf nach Transparenz

Tag drei beim katholischen Krisengipfel gegen Missbrauch - Von Kathpress-Korrespondent Roland Juchem

Vatikanstadt, 23.02.2019 (KAP) "Guten Abend! Ich wollte Ihnen von meiner Kindheit erzählen. Aber das ist sinnlos, denn als ich elf Jahre alt war, hat ein Priester mein Leben zerstört." Es ist einer der intensivsten Momente des fast viertägigen Krisengipfels im Vatikan, als beim Abendgebet am Freitag eine etwa 50-jährige Frau zu den versammelten 190 Bischöfen, Ordensoberen und dem Papst spricht.

24 Stunden später bitten diese im Bußgottesdienst am späten Samstagnachmittag: "Attende, Domine, et miserere, quia peccavimus tibi - Wende dich uns zu, o Herr, und erbarme dich, denn wir haben gegen dich gesündigt!" Wie eine dieser Sünden aussah, hatte die Frau beschrieben. "Ich hielt den Atem an, ich verließ meinen Körper, suchte verzweifelt nach einem Fenster, aus dem ich schauen konnte, und wartete darauf, dass es vorbeiging. Ich dachte: 'Wenn ich mich nicht bewege, spüre ich vielleicht nichts; wenn ich nicht atme, sterbe ich vielleicht.'" Der Missbrauch dauerte fünf Jahre. Keiner merkte etwas.

Von ähnlichen Erfahrungen berichten auch jene, die am Samstag von der römischen Altstadt in Richtung Vatikan ziehen. Manche von ihnen nennen sich "Überlebende" - und zeigen Fotos von Menschen, die der Missbrauch in den Selbstmord trieb. Begleitet werden sie von vielen Journalisten. "Das ist gut so", sagt ein Bischof. Denn, da ist er sicher, das weltweite Bischofstreffen gibt es nur wegen des Mutes der Opfer, ihre Geschichten zu erzählen, und wegen der Hartnäckigkeit der Medien.

Weil sich das Problem nicht allein mit Betroffenheit lösen lässt, werden beim Krisengipfel im Vatikan konkrete Vorschläge genannt. Die nigerianische Ordensobere Veronika Openibo verlangt, die Ausbildung von Priestern grundlegend zu überdenken. "Es bereitet mir Sorge, wenn ich sehe, wie hier in Rom und anderswo die jüngsten

Seminaristen behandelt werden, als wären sie etwas Besonderes", sagt sie.

Angesichts des Missbrauchs müssten kirchliche Ausbildungshäuser, die bei künftigen Geistlichen ein falsches Überlegenheitsgefühl fördern, in Frage gestellt werden, erklärt Openibo. Einem kritisch nachfragenden Bischof gibt sie höflich aber bestimmt zu verstehen, dass da in der Tat einiges im Argen liege. Mit einer aufmunternden Geste bestätigt sie der Papst.

Am dritten Konferenztag geht es vor allem um Transparenz. Nicht um das Hinausblasen jeglicher Informationen, sondern um nachvollziehbare Transparenz, wie Kardinal Marx betont. Und deswegen wirbt der Deutsche für eine gute Verwaltung. Richtig angewendet schütze die vor Willkür der Oberen, sie erleichtere Aufklärung, Urteilsfindung und Prävention. Und dann macht sich Marx auch die Forderung nach Einführung von kirchlichen Verwaltungsgerichten zu eigen.

Zu Transparenz gehört auch der Umgang mit Medien. Deswegen haben die Organisatoren des Anti-Missbrauchsgipfels die langgediente mexikanische Vatikan-Journalistin Valentina Alazraki eingeladen. Sie erklärt den Kirchenoberen: "Wenn Sie gegen Missbrauch und Vertuschung sind, können wir Verbündete sein", sagt sie. Sollten die Bischöfe und Oberen aber "nicht radikal auf der Seite der Kinder, Mütter, Familien und Zivilgesellschaft sein, dann haben Sie mit Recht Grund zur Sorge", dann würden Journalisten zu ihren "schlimmsten Feinden".

Beim Blick zurück in ihre verlorene Kindheit erinnerte sich das Opfer am Freitagabend an seine Gedanken von damals: "Es musste meine Schuld gewesen sein, dass ich dies verdient habe." Das seien die schlimmsten Wunden, die Missbrauch und Täter schlagen. Daher verdrängte sie damals alles, vergrub es tief in ihrer

Seele. Bis zu dem Tag, an dem sie selbst Mutter wurde.

Da kam alles wieder hoch. Ihr Kind zu stillen, war ihr nicht möglich. Als sie später ihrem Mann sagte, was damals geschehen war, wurde dies im Scheidungsprozess beim Streit um das Sorgerecht gegen sie verwendet. "Du musst damit leben - immer", sagt sie. "Alles, was du tun kannst

- falls du kannst -, ist zu lernen, dass es weniger weh tut."

Das Schuldbekenntnis der Kirchenoberen am Samstag endet mit der Bitte: "Wir bitten um die Gnade, Ungerechtigkeit zu überwinden und Gerechtigkeit zu üben gegenüber den Menschen, die uns anvertraut sind." Ob das gelingt, wird sich erst nach dem Gipfeltreffen zeigen.

Bußgottesdienst: Bischöfe bekennen Versagen im Missbrauchsskandal

Anti-Missbrauchsgipfel endet am Sonntag mit einer Messe und einer längeren Ansprache des Papstes zu dem viertägigen Krisentreffen

Vatikanstadt, 23.02.2019 (KAP) Mit einem Bußgottesdienst haben Papst, Bischöfe und Ordensobere ihr weltweites Krisentreffen zum Missbrauch in der Kirche am Samstagabend vorläufig beendet. "Wir bekennen, dass wir die Schuldigen geschützt und die Opfer zum Schweigen gebracht haben", sprach Neuseelands Kardinal John Dew eines von fünf Schuldbekennnissen in der knapp einstündigen Andacht in der Sala Regia des Apostolischen Palastes.

Zuvor hatte ein Mann aus Chile, der Opfer von Missbrauch geworden ist, über seine Erfahrung berichtet: "Missbrauch jeder Art ist die schlimmste Demütigung, die ein Mensch erleben kann." Weil er dem entfliehen will, sei er nicht mehr er selbst, beginne in zwei Welten zu leben. "Ich wünschte, der Täter könnte verstehen, dass er sein Opfer derart spaltet. Für den Rest des Lebens." Im Anschluss trug der Mann als musikalischen Beitrag ein Stück auf seiner Geige vor.

Bischof Philip Naameh aus Ghana verglich seine Mitbrüder mit dem verlorenen Sohn

des biblischen Gleichnisses. Wie diese hätten sie ihr Erbe verschleudert. "Wir waren zu selbstgefällig, uns mit den dunklen Seiten unserer Kirche auseinanderzusetzen", sagte Naameh in seiner Predigt. Nun gehe es darum, das eigene Versagen zu bekennen und sich demütig auf den langen mühsamen Weg der Umkehr zu machen. Ob dies gelingt, müssten die Folgen des Krisentreffens zeigen.

In der Gewissenserforschung zu Beginn der Andacht sollten die Kirchenverantwortlichen sich fragen, was sie in ihrem Land über Missbrauch wissen, ob sie Opfer kennen, ihnen zugehört oder Steine in den Weg gelegt haben. Ebenso wurden Fragen nach möglichem Versagen bei der Aufarbeitung gestellt.

Am Sonntagvormittag endet der knapp viertägige Anti-Missbrauchsgipfel mit einer Messe und einer längeren Ansprache des Papstes. Darin will Franziskus Ergebnisse der Konferenz zusammenfassen und Ausblicke auf weitere Schritte geben.

Erzbischof: Missbrauch erfordert kopernikanische Wende in Kirche

Bischöfe beenden Kinderschutzgipfel mit Messe im Vatikan - Australischer Episkopatsvorsitzender Coleridge in Predigt: Opfer müssen für Kirche im Mittelpunkt stehen

Vatikanstadt, 24.02.2019 (KAP) Mit einer Messe haben 190 Bischöfe und Ordensobere am Sonntagvormittag ihr viertägiges weltweites Treffen zu Missbrauch und Kinderschutz im Vatikan beendet. In seiner Predigt nannte der australische Erzbischof Mark Coleridge die notwendige Bekehrung der Kirche eine "kopernikanische Wende". Für die Kirchenoberen bedeute dies "die Erkenntnis, dass jene, die missbraucht wurden, sich nicht um die Kirche drehen", sondern dass

die Opfer im Mittelpunkt stehen und die Kirche sich um sie drehen müsse.

In der von Bildern mit Kampf- und Schlachtszenen geschmückten Sala Regia im Vatikan sprach Coleridge auch über den Missbrauch von Macht in den Händen der Kirchenoberen. "Macht ist gefährlich, weil sie zerstören kann", so der Vorsitzende der Australischen Bischofskonferenz. Bischöfe und Ordensobere hätten Macht erhalten, um zu dienen und etwas zu schaffen.

"Eine Macht mit und für andere, aber nicht über sie", so der Erzbischof.

Dies alles verlange eine echte Bekehrung und konsequente Erneuerung, damit die Kirche zu einem besseren und sicheren Ort für die Schwächsten werde. Denn in ihnen begegne man Christus, wie es Jesus selbst bestätigt habe.

Nach dem Gottesdienst wird Papst Franziskus eine Ansprache halten, in der er aus seiner Sicht Ergebnisse und Folgen des Gipfels zusammenfassen wird. Am Donnerstag zu Beginn der Beratungen hatte er gefordert, es müsse weitere konkrete Schritte geben. Reine Schuldbekennnisse reichten nicht mehr aus.

Marx sieht nach Anti-Missbrauchsgipfel Bischöfe in der Pflicht

Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz zieht positives Fazit zum Kinderschutzgipfel - Kein Zusammenhang zwischen Zölibat und Missbrauch

Rom, 24.02.2019 (KAP) Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, hat ein positives Fazit des weltweiten Anti-Missbrauchsgipfels im Vatikan gezogen. Nun seien besonders die Bischofskonferenzen in der Pflicht, Taten folgen zu lassen. Papst Franziskus habe zum Ende des viertägigen Treffens klar Punkte vorgegeben, hinter die nach dem Gipfel in Rom keiner mehr zurück könne, sagte der Kardinal am Sonntag vor Journalisten in Rom.

Konkret nannte Marx die Umsetzung von Leitlinien, die "dafür sorgen, dass kein einzelner Fall übersehen wird, dass die Opfer ihre Stimme haben". Ebenso wichtig sei achtsame Personal- und Priesterkandidatenauswahl, um mögliche Täter von vornherein auszuschließen. "Dass das nicht mehr und nie wieder geschieht, ist unser Auftrag als Bischöfe", so der Münchner Erzbischof. Dann könne die Kirche auch mithelfen, wie sexueller Missbrauch von Kindern "überhaupt aus der Gesellschaft, wie der Papst gesagt hat, 'ausgemerzt' werden kann".

Die deutsche Kirche sah Marx in ihrer Arbeit bestätigt. Er räumte jedoch ein, es gebe immer die Gefahr, "große Worte zu machen, Predigten zu halten, auch gute Wünsche zu äußern; aber im konsequenten Umsetzen hapert es oft". Daher dürfe die Kirche nun nicht nachlassen.

Es liege in der Verantwortung der Bischofskonferenzen und auch der Bischöfe, "jedem Fall nachzugehen und keinerlei Verharmlosung, Vertuschung oder Relativierung dieses Verbrechens Raum zu geben", sagte Marx. Er betonte zudem, die Beobachtung der Öffentlichkeit und Mitwirkung anderer seien wichtig. Dazu zählte er Missbrauchsbeauftragte sowie das Gespräch mit Opfern und Opferverbänden. Nur so könne die Kirche Glaubwürdigkeit wiedergewinnen.

Dass am Ende des Gipfeltreffens keine gemeinsame Erklärung der Bischöfe stand, sei möglicherweise dem Zeitmangel geschuldet, da dafür eine Abstimmung nötig gewesen wäre. "Man kann von dieser Tagung nicht erwarten, dass am Ende Beschlüsse da sind", so der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz. Auch sein Vorschlag, dass "Päpstliche Geheimnisse" bei Missbrauchsfällen aufzuheben und kirchliche Verwaltungsgerichte zu schaffen, sei positiv aufgenommen worden.

Zölibat und Missbrauch

Kardinal Marx hat zudem einen Zusammenhang zwischen Missbrauch und der Ehelosigkeit der Priester zurückgewiesen. Eine solche Verbindung herzustellen, sei Spekulation, da es keine wissenschaftlich begründeten Zahlen dazu gebe, sagte er. "Wir haben festgestellt und die Studie hat es bestätigt: Es gibt keinen direkten Zusammenhang", so der Münchner Kardinal mit Blick auf die von den deutschen Bischöfen in Auftrag gegebene Untersuchung. Es müsse dennoch die Diskussion darüber angeregt werden, wie die Lebensform des Priesters in der Zukunft aussehen solle.

Zu einem möglichen Zusammenhang zwischen Homosexualität und sexuellem Missbrauch in der Kirche sagte Marx, die Ursachenforschung für sexualisierte Gewalt allgemein sei Aufgabe der Wissenschaft. Die Bischöfe müssten schauen, wo es "spezifisch katholische Versuchungen oder Gefährdungen" gebe. Machtmissbrauch nannte Marx dabei als eine der Ursachen - "andere Punkte gehören dazu, die Ausbildung und viele andere Dinge, auch Sexualmoral, wir haben das ja in Deutschland in unserer Studie und auch im Auftrag an die Bischofskonferenz gefasst, aber

ich glaube, da sind wir noch nicht am Ende, da wird man weiter breit diskutieren", so der Münchner Erzbischof.

Gleichzeitig verteidigte Kardinal Marx den Gipfel gegen Kritik hinsichtlich unverbindlicher Ergebnisse: Der Papst habe klar Punkte

vorgegeben, hinter die jetzt keiner mehr zurück könne, betonte er. Man könne keinen "rasch zusammengestellten Maßnahmenkatalog" erwarten, aber es habe eine Fülle wichtiger Vorschläge gegeben. Die Bischöfe seien jetzt in der Pflicht, diese konkret umzusetzen.

Vier Tage im Zeichen des Kampfs gegen Missbrauch - Eine Bilanz

Nach dem 24. Februar kann keiner in der katholischen Kirche mehr behaupten, Missbrauch gehe ihn nichts an - Das wesentliche Ergebnis des Gipfeltreffens ist vielen viel zu wenig - Geplante Maßnahmen müssen sich erweisen - Von Kathpress-Korrespondent Roland Juchem

Vatikanstadt, 24.02.2019 (KAP) Was soll das Ganze bewirken? Anfänglich übergroße Erwartungen an das weltweite Gipfeltreffen zu Missbrauch und Kinderschutz in der katholischen Kirche waren zuletzt arg heruntergeschraubt worden. Das Ziel des Papstes, "nur" ein gleiches Bewusstsein für den Skandal des sexuellen Missbrauchs an Minderjährigen zu schaffen, stieß bei nicht wenigen auf Empörung.

"Das ist ein weltweites Problem! Welchem Bischof muss das noch erklärt werden?", so Denise Buchanan aus Jamaika. Als eine Vertreterin des internationalen Netzwerks "Ending Clergy Abuse" (ECA) demonstrierte sie mit bis zu 40 weiteren Betroffenen auf den Plätzen rund um den Vatikan für "Null Toleranz" in Sachen Missbrauch.

Seit Donnerstag hörten - und sahen - die 190 Bischöfe und Ordensobere vier Tage lang Zeugnisse von Opfern, lauschten Referaten, berieten in Arbeitsgruppen, bekannten in einem Bußgottesdienst das Versagen der Kirche und hörten eine grundsätzliche Rede des Papstes.

Dass am Sonntagmittag, fast drei Stunden nach Ende des Treffens erst, der Vatikan weitere konkrete Schritte bekanntgab, kam für die Teilnehmer so überraschend wie für die Öffentlichkeit. Erwartet worden waren sie bereits in der Schlussrede des Papstes, Platz darin wäre gewesen. Die Reaktionen von Betroffenen-Verbänden wie ECA und BishopAccountability.org zu Papstrede und angekündigten Maßnahmen zeugen von Enttäuschung.

Dennoch lassen sich rückblickend vier wesentliche Ergebnisse des Treffens festhalten: Erstens galt es, gemeinsame existenzielle Betroffenheit zu wecken. Nur dann kann der Kampf gegen Missbrauch zu einem "Herzansliegen" werden, wie Hans Zollner, Mitglied der

Päpstlichen Kinderschutzkommission, es fordert. Am Sonntagnachmittag sieht Zollner, sichtlich übermüdet, dieses für ihn wichtigste Ziel erfüllt.

Als am Freitagabend eine rund 50-jährige Frau den Kirchenoberen ausführlich berichtet, wie ein Priester sie als Kind über fünf Jahre hinweg vergewaltigte, sie zu drei Abtreibungen zwang und den Rest ihres Lebens zerstörte, war dies einer der bedrückendsten Momente des Treffens. "Dieser Gipfel hat uns wirklich verändert. Da ist etwas mit uns passiert in dieser Aula!", sagt die nigerianische Ordensobere Veronica Openibo. Nach dem 24. Februar 2019 jedenfalls kann keiner mehr behaupten, er habe den Schuss nicht gehört.

Dass auch der Papst erst spät viel dazugelernt hat, wurde in der Aula auch thematisiert, von Schwester Veronica wie auch der mexikanischen Journalistin Valentina Alazraki. Überhaupt werteten Beobachter wie Teilnehmer der Konferenz die Referate dieser beiden Frauen als die stärksten. Was die Jugendsynode schon andeutete: Je diverser die Redner bei solchen Treffen, desto fruchtbarer das Gesprächsklima.

Ein zweites Element war die wiederholte Forderung, bestehende Regelungen konsequent anzuwenden - inklusive der Verpflichtung, mit staatlichen Stellen zu kooperieren. Wer von den Bischöfen da bisher unsicher war, soll in Kürze ein "Vademecum" erhalten, das Schritt für Schritt erläutert, wie bei Missbrauchsverdacht sowie Prävention vorzugehen ist. Kirchliche "Task-Forces" dazu sind angekündigt, warten dem Vernehmen nach auf das "Go" von oben.

Weiterreichende Vorschläge umfassen die Kardinal Marx' Forderung, das "Päpstliche Geheimnis" bei Missbrauchsermittlungen nicht mehr gelten zu lassen. Eine Kontrolle von Bischöfen durch Metropolitan-Erzbischöfe oder

gemischt besetzte Aufsichts- und Beratungskommissionen sind weitere Vorschläge. Generaloberin Openibe schlägt eine radikale Reform der Ausbildung von Priester- und Ordensnachwuchs vor.

Die vielzitierten Begriffe Zölibat und Homosexualität fallen zwar hier und da, sind aber kein bestimmendes Thema. Weder das eine noch das andere stehe in direktem Zusammenhang mit Missbrauch, betonen Teilnehmer.

Schließlich sollte das Treffen Mut machen, sich dem Thema zu stellen. Etliche Bischöfe seien wie gelähmt, wenn sie damit konfrontiert werden, so Erzbischof Scicluna. Hinzu kommen Länder, in denen Behörden das Thema Missbrauch zur Verfolgung der Kirche ausnutzen.

Die Außenwirkung des Treffens indes erlitt einige Stolperer. Ohne sie wäre das Treffen wohl wirksamer und glaubwürdiger gewesen. So durften Opfer-Verbände nur am Rande des Treffens auftreten. Eine kurze persönliche

Begegnung mit Franziskus, ein kurzes Statement vor der Vollversammlung hätten Gemüter beruhigt.

Auch hatte Franziskus zu Beginn konkrete Schritte gefordert; in seiner Abschlussrede blieb er im Grundsätzlichen. Die prompte Kritik in etlichen Medien bestätigt den Widerspruch. Die drei Stunden später bekanntgegebenen nächsten Schritte fingen das nur wenig auf.

Was das veränderte Bewusstsein bewirkt, muss sich vor Ort zeigen. "Entscheidend ist auf'm Platz", heißt es beim Fußball. Die Plätze der Kirche sind die Diözesen, Ordensgemeinschaften, Pfarren, Schulen - und die Kurie selber.

Ein angekündigtes Motu Proprio etwa ist angeblich seit zwei Jahren so gut wie fertig. Es beinhaltet nichts anderes als jene Richtlinien, die die Bischofskonferenzen weltweit längst haben fertigstellen müssen, dieses Mal für den Vatikanstaat und die Diözese Rom.

"Verbrechen des Missbrauchs ausmerzen"

Wesentliche Passagen der Rede von Papst Franziskus zum Abschluss des vatikanischen Kinderschutzgipfels im Wortlaut

Vatikanstadt, 24.02.2019 (KAP) Einen umfassenden Kampf gegen sexuellen Missbrauch hat der Papst zum Abschluss des Anti-Missbrauchsgipfels in Rom gefordert. "Kathpress" dokumentiert die Rede in Auszügen:

"Liebe Brüder und Schwestern,
(...) Unsere Arbeit hat uns dazu geführt, einmal mehr anzuerkennen, dass das schwere Übel des sexuellen Missbrauchs von Minderjährigen leider in allen Kulturen und Gesellschaften ein geschichtlich verbreitetes Phänomen ist. (...)

Wir müssen uns darüber im Klaren sein: Die weltweite Verbreitung dieses Übels bestätigt, wie schwerwiegend es für unsere Gesellschaften ist, schmälert aber nicht seine Abscheulichkeit innerhalb der Kirche.

Die Unmenschlichkeit dieses Phänomens auf weltweiter Ebene wird in der Kirche noch schwerwiegender und skandalöser, weil es im Gegensatz zu ihrer moralischen Autorität und ihrer ethischen Glaubwürdigkeit steht. Die gottgeweihte Person, die von Gott auserwählt wurde, um die Seelen zum Heil zu führen, lässt sich von ihrer menschlichen Schwäche oder ihrer

Krankheit versklaven und wird so zu einem Werkzeug Satans. (...)

Wenn in der Kirche auch nur ein Missbrauchsfall ausfindig gemacht worden wäre - was an sich schon eine Abscheulichkeit darstellt, - so würde dieser Fall mit der größten Ernsthaftigkeit angegangen. In der Tat erblickt die Kirche in der gerechtfertigten Wut der Menschen den Widerschein des Zornes Gottes, der von diesen schändlichen Gottgeweihten verraten und geohrfeigt wurde. (...)

Welches wäre also die existenzielle "Bedeutung" dieser kriminellen Erscheinung? Unter Berücksichtigung ihrer menschlichen Weite und Tiefe ist sie nichts anderes als der gegenwärtige Ausdruck des Geistes des Bösen. Wenn wir uns diese Dimension nicht vergegenwärtigen, werden wir der Wahrheit fern und ohne wahre Lösungen bleiben. (...)

Und so wie wir alle praktischen Maßnahmen ergreifen müssen, die der gesunde Menschenverstand, die Wissenschaften und die Gesellschaft uns bieten, so dürfen wir diese Wirklichkeit nicht aus dem Blick verlieren und müssen die geistlichen Maßnahmen treffen, die der

Herr selbst uns lehrt: Demütigung, Selbstanklage, Gebet, Buße. Das ist die einzige Weise, um den Geist des Bösen zu besiegen. So hat ihn Jesus besiegt. (...)

Es ist daher die Stunde gekommen zusammenzuarbeiten, um diese Brutalität aus dem Leib unserer Menschheit herauszureißen, indem wir alle notwendigen Maßnahmen anwenden, die auf internationaler und kirchlicher Ebene schon in Kraft sind. Es ist die Stunde gekommen, das richtige Gleichgewicht aller Werte zu finden, die auf dem Spiel stehen, und einheitliche Richtlinien für die Kirche zu geben. (...)

In diesem Zusammenhang möchte ich 'Best Practices' erwähnen, die unter der Leitung der Weltgesundheitsorganisation von einer Gruppe von zehn internationalen Agenturen formuliert wurden (...)

Wenn sich die Kirche auf ihrem gesetzgeberischen Weg dieser Leitlinien bedient (...), wird sie sich auf folgenden Dimensionen konzentrieren:

1. Kinderschutz: Das Hauptziel jeder Maßnahme besteht darin, Kinder zu schützen und zu verhindern, dass sie Opfer psychischer und physischer Gewalt gleich welcher Art werden. Daher ist ein Mentalitätswechsel erforderlich, um die Abwehrhaltung zum Schutz der Institution zu bekämpfen und so eine aufrichtige und entschlossene Suche nach dem Wohl der Gemeinschaft zu fördern. Hierbei ist den Opfern von Missbrauch in jeder Hinsicht Vorrang einzuräumen. (...)

2. Absolute Ernsthaftigkeit: Ich möchte hier wiederholen, dass "die Kirche keine Mühen scheuen wird, alles Notwendige zu tun, um jeden, der solche Verbrechen begangen hat, der Justiz zu unterstellen. Die Kirche wird nie versuchen, einen Fall zu vertuschen oder unterzubewerten". (...)

3. Wirkliche Reinigung: (...) Die Kirche bekräftigt daher den festen Willen, 'den Weg der Reinigung mit all ihrer Kraft fortzusetzen. Die Kirche wird sich, auch unter Hinzuziehung von Experten, darüber beraten, wie die Kinder zu schützen sind; wie solche Katastrophen vermieden werden können, auf welche Weise man sich der Opfer annehmen und sie reintegrieren kann; wie man die Ausbildung in den Seminaren verbessert.' (...)

4. Ausbildung: Das heißt, die erforderliche Auswahl und Ausbildung der Priesteramtskandidaten nicht nur nach negativen Kriterien durchführen, die in erster Linie darauf abzielen,

problematische Persönlichkeiten auszuschließen, sondern auch nach positiven Maßstäben: Den geeigneten Kandidaten muss ein ausgewogener Ausbildungsweg geboten werden, der auf Heiligkeit ausgerichtet ist und die Tugend der Keuschheit mit einschließt. (...)

5. Die Leitlinien der Bischofskonferenzen verstärken und verifizieren: Das heißt, die erforderliche Einheit der Bischöfe bei der Anwendung der Parameter, die als Normen und nicht bloß als Orientierungen gelten müssen, neu bekräftigen. Kein Missbrauch darf jemals vertuscht (so wie es in der Vergangenheit üblich war) oder unterbewertet werden, da die Vertuschung von Missbrauch die Verbreitung des Übels begünstigt und zusätzlich eine weitere Stufe des Skandals darstellt. Im Besonderen muss ein neuer wirksamer Ansatz zur Prävention in allen Einrichtungen und Bereichen kirchlicher Tätigkeit entwickelt werden.

6. Missbrauchte Personen begleiten: Das Übel, das ihnen widerfahren ist, lässt in ihnen unheilbare Wunden zurück, die sich auch in Form von Hass und selbstzerstörerischen Tendenzen zeigen. Die Kirche hat daher die Pflicht, ihnen jede notwendige Hilfe zukommen zu lassen und dabei auf Fachleute auf diesem Gebiet zurückzugreifen. (...)

7. Digitale Welt: (...) Seminaristen, Priester, Ordensmänner und -frauen, in der Pastoral Tätige und alle Menschen müssen sich bewusst sein, dass die digitale Welt und die Anwendung ihrer Instrumente oft viel mehr damit zu tun hat, als man denkt. Hier muss man die Länder und die Verantwortungsträger dazu ermutigen, alle notwendigen Maßnahmen zur Einschränkung von Webseiten anzuwenden, welche die Würde von Männern, Frauen und insbesondere von Minderjährigen gefährden: Eine Straftat kann kein Recht auf Freiheit beanspruchen. (...) Hierbei unterstreiche ich die neuen Normen über schwerwiegendere Straftaten, die im Jahr 2010 von Papst Benedikt XVI. approbiert wurden. Darin wurde als Delikt der "neue Tatbestand des Erwerbes, der Aufbewahrung und der Verbreitung pornografischer Bilder von Minderjährigen" durch einen Kleriker "in jedweder Form und mit jedwedem Mittel" hinzugefügt. Damals war von Minderjährigen "unter 14 Jahren" die Rede. Jetzt denken wir, dass diese Altersgrenze angehoben werden muss (...)

8. Sextourismus: (...) Bei der Bekämpfung von Sextourismus muss größerer rechtlicher

Druck ausgeübt werden; es müssen aber auch den Opfern dieses verbrecherischen Phänomens Unterstützung und Projekte zur Wiedereingliederung angeboten werden. Die kirchlichen Gemeinschaften sind aufgerufen, die Seelsorge für die vom Sextourismus ausgebeuteten Menschen zu verstärken. (...)

Lasst mich allen Priestern und gottgeweihten Personen innigen Dank sagen, die dem Herrn vollkommen und treu dienen. Sie fühlen sich vom schändlichen Verhalten einiger ihrer Mitbrüder entehrt und in Misskredit gebracht. Alle - die Kirche, gottgeweihte Personen, das Volk Gottes und sogar Gott selbst - tragen wir die Folgen ihrer Untreue. (...)

Das beste Ergebnis und die wirksamste Resolution, die wir den Opfern, dem Volk der

heiligen Mutter Kirche und der ganzen Welt bieten können, besteht im Bemühen um eine persönliche und gemeinschaftliche Bekehrung sowie in der Demut, zu lernen und den am meisten Verwundbaren zuzuhören, ihnen beizustehen und sie zu schützen.

Eindringlich appelliere ich an alle Verantwortungsträger und an die einzelnen Personen, in allen Bereichen gegen den Missbrauch von Minderjährigen zu kämpfen, im sexuellen wie in den anderen Bereichen, denn es handelt sich um abscheuliche Verbrechen, die auf dem Antlitz der Erde ausgemerzt werden müssen: Darum bitten viele verborgene Opfer in den Familien und in verschiedenen Bereichen unserer Gesellschaft."

"Qualitätssprung in Auseinandersetzung mit sehr schwerem Thema"

Wortlaut des "Kathpress"-Interviews mit Kardinal Christoph Schönborn nach Ende des vatikanischen Anti-Missbrauchsgipfels

Rom, 24.02.2019 (KAP) Der von Papst Franziskus einberufene Kinderschutzgipfel brachte einen "Qualitätssprung in der Auseinandersetzung mit einem schweren, sehr belastenden Thema." Das betonte Kardinal Christoph Schönborn am Sonntag im Interview mit "Kathpress" und zog dabei insgesamt ein positives Resümee: "Ich habe noch nie eine so offene, direkte, ehrliche, unverschlüsselte Begegnung erlebt wie in diesen vier Tagen", so der Vorsitzende der Österreichischen Bischofskonferenz. "Kathpress" dokumentiert im Folgenden das Interview im Wortlaut:

Kathpress: Herr Kardinal, wie haben Sie den Gipfel erlebt?

Kardinal Schönborn: Ich habe noch nie eine so offene, direkte, ehrliche, unverschlüsselte Begegnung erlebt wie in diesen vier Tagen. Es wurde zur Sache gesprochen, die Dinge lagen auf dem Tisch. Man hatte nicht den Eindruck, dass irgendetwas nicht gesagt werden darf. Ich habe Synodalität erlebt; wie haben die Dinge gemeinsam angeschaut. Das war ein Qualitätssprung in der Auseinandersetzung mit einem schweren, sehr belastenden Thema.

Kathpress: Heißt "offen und ehrlich", dass es auch Kontroversen gab?

Schönborn: Das starke Erlebnis war die große Einmütigkeit. Es gab keine Parteien, wie man das

bei anderen Themen schon erlebt hat, sondern eine große gemeinsame Betroffenheit durch das direkte Hören und Sehen von Betroffenen. Dass die Opfer im Mittelpunkt stehen, beginnt jetzt wirklich ein gemeinsames Bewusstsein zu werden.

Kathpress: Wenn Sie jetzt den Menschen in Wien sagen sollen, was der Gipfel in Rom konkret erbracht hat: Welche drei Punkte nennen Sie?

Schönborn: Der erste und wichtigste ist das Bewusstsein: Dieses Thema betrifft uns alle. Keiner kann sagen, das gehe ihn oder seine Ortskirche nichts an. Das war das Anliegen des Papstes. Deswegen gab er allen vorher die Hausaufgabe: Ihr müsst mit Besprochenen sprechen.

Kathpress: Aber für Österreich wäre das doch nicht nötig gewesen, oder?

Schönborn: Für Österreich ist es nicht notwendig, weil wir seit 1995 einen langen, schmerzlichen, aber - so glaube ich - auch vorbildlichen Weg gegangen sind. Österreich gilt als eines der Länder, das schon einen langen Weg gegangen ist, aber genug ist das deswegen sicher noch nicht.

Kathpress: Ein weiteres Ergebnis, das Sie mitbringen?

Schönborn: Die Verbindlichkeit gemeinsamen Handelns. Es geht dem Papst um weltweit

verbindliche Standards. Aber wir brauchen nicht nur diese Standards, sondern auch deren Überprüfung: Hält man sich daran? Das Dritte ist eines der Hauptthemen dieser Tage, die Prävention. Was wird getan, dass so etwas künftig nicht mehr geschieht.

Kathpress: Was muss sich bei der Überprüfung der Standards konkret verbessern?

Schönborn: Es geht auch darum, uns auf nationaler Ebene zu helfen und uns gegenseitig auf die Finger zu schauen. Wir haben das in Österreich versucht und praktizieren das auch. Es wird sicher in den nächsten Tagen von Rom konkrete Vorschläge geben.

Kathpress: Sie haben zuletzt resigniert davon berichtet, dass Amtsbrüder im Süden das Problem des Missbrauchs nicht so wichtig nehmen. Sehen Sie die Chance, dass es eine solche Haltung jetzt nicht mehr gibt?

Schönborn: Ob es sie nicht mehr gibt, wage ich nicht zu behaupten. Die Negationshaltung ist weit verbreitet, gelegentlich auch bei uns. Ich war in einer mehrheitlich afrikanischen Sprachgruppe und erstaunt, wie ernsthaft das Thema dort angegangen wird. Es gab dort wichtige Hinweise auf kulturelle Unterschiede. Wo etwa die Christen in der Minderheit sind gegenüber Muslimen, da muss die Kirche in der Art der Veröffentlichung anders handeln, aber sicher nicht in der Behandlung der Fälle. Zu den kulturellen Unterschieden gehört auch, dass afrikanische Bischöfe sagen: Wir haben Traditionen, wie Missbrauch in der Dorfgemeinschaft aufgearbeitet wird, aber diese Traditionen schwinden langsam wegen der Verstädterung und des modernen Lebensstils.

Kathpress: Welche österreichischen Vorgehensweisen oder Regeln zum Umgang mit Missbrauch konnten Sie anderen empfehlen?

Schönborn: In meiner Sprachgruppe habe ich immer wieder auf Rückfragen nach unserer Praxis in Österreich geantwortet. Wir dürfen aber auch nicht so tun, als wären wir die Lehrer der Weltkirche. Wir haben unsere lokale Erfahrung, dürfen uns aber nicht besser vorkommen, nur weil wir früher auf dieses Thema gestoßen wurden - wir haben das ja anfangs nicht freiwillig gemacht.

Kathpress: Was hat umgekehrt der Vorsitzende der Österreichischen Bischofskonferenz gelernt, so dass er sagt: Schau her, darüber sollten wir bei uns auch nachdenken?

Schönborn: (überlegt) Gelernt habe ich einen weiteren Blick auf kulturelle Stärken und Schwächen. Was mich bei den Afrikanern beeindruckt hat, sind Wege, wie man wieder zusammenleben kann. Eine Familie ist betroffen, ein Dorf, es gibt einen Täter, Sanktionen ... Aber wie geht das Leben weiter, wenn die Schuld offengelegt, der Täter klar identifiziert und zur Rechenschaft gezogen ist? Das hat mich nachdenklich gemacht. Das ist ein schwieriges Thema, das nicht dadurch zu lösen ist, indem man sagt: Jetzt seid wieder nett zueinander. Christliches Verzeihen geht nur, wenn es eine wirkliche Aufarbeitung von Schuld gegeben hat, eine echte Einsicht, ein Schuldbekenntnis und eine Wiedergutmachung in irgendeiner Form. Das andere Extrem wäre die Situation: Da ist das Opfer, da ist der Täter - und es geht nichts mehr. Beides sind keine Lösungen. Da können und müssen wir noch lernen.

Kathpress: Konkrete Ideen haben Sie noch nicht dazu?

Schönborn: Nein, wir haben ja nicht das Dorf und die Ältesten, die das auspalavern und einen Weg in die Zukunft finden. In unseren anonymen Gesellschaften ist das illusorisch. Ob das in einer Gemeinde gelingen kann, weiß ich nicht. Das Thema ist ja heikel.

I N L A N D

Schönborn: Karfreitagslösung der Regierung noch nicht ausgereift

Vorsitzender der Bischofskonferenz ermutigt Regierung zu Diskussionen mit Sozialpartnern und Religionsgemeinschaften, um Karfreitag für Evangelische als Feiertag wirklich zu erhalten

Rom/Wien, 24.02.2019 (KAP) Für Kardinal Christoph Schönborn ist der Vorschlag der Regierung, den Karfreitag künftig für alle ab 14 Uhr zum Feiertag zu machen, "noch nicht ausgereift". Das hat der Vorsitzende der Bischofskonferenz am Sonntagabend im Interview mit der "ORF-ZiB2" gesagt. Es sei "keine Schande für die Regierung", erneut in Diskussionen mit den Sozialpartnern und den Religionsgemeinschaften einzutreten, "dass wir vielleicht doch eine bessere Lösung finden", so der Vorsitzende der Österreichischen Bischofskonferenz in einer Schaltung aus dem "ORF"-Studio in Rom.

"Ein Freitagnachmittag, ist nicht wirklich ein halber Feiertag, denn Freitagnachmittag arbeiten die meisten Menschen nicht mehr", gab der Kardinal zu bedenken. Es sei gut, wenn die Diskussion um eine Feiertagsregelung für den Karfreitag weitergeht und man "ernsthaft überlegt, wie man den evangelischen Christen in unserem Land ihren Karfreitag, der für sie ein heiliger Feiertag ist, wirklich erhält."

Am Mittwoch soll im Nationalrat ein Gesetz beschlossen werden, das den Karfreitag, der

bislang nur für Evangelische und Altkatholiken ein Feiertag war, neu regeln soll. Zuletzt hat dafür die Regierung vorgeschlagen, dass künftig der Karfreitag ab 14 Uhr für alle frei sein soll. Details der Regelung beispielsweise im Blick auf den Handel stehen noch aus. Der Vorschlag der Regierung wurde indes von den unmittelbar betroffenen Kirchen kritisiert, aber auch von weiten Teilen der Sozialpartner und der Opposition.

Auslöser der Diskussion ist eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH). Dieser hatte die österreichische Regelung, wonach nur für evangelische und altkatholische Arbeitnehmer der Karfreitag ein bezahlter Feiertag ist, als gleichheitswidrig aufgehoben. Wenn die entsprechende Regelung nicht korrigiert wird, hätten alle Arbeitnehmer - auch katholische - am kommenden Karfreitag (19. April) einen bezahlten Feiertag. Die Regierung wollte einen solchen weiteren Feiertag - es wäre dies der 14. - verhindern und präferiert das Modell eines halben Feiertags für alle; die Wirtschaft befürchtet enorme Mehrkosten.

Caritas: Fünf Jugendliche von St.Gabriel verlegt

Übersiedlung in Rücksprache mit Kinder- und Jugendhilfe - Vier weitere Jugendliche werden am Montag verlegt

Wien, 22.02.2019 (KAP) Fünf unbegleitete Minderjährige sind am Freitag vom Asylquartier St. Gabriel in Maria Enzersdorf in andere Unterkünfte in Niederösterreich verlegt worden. Die Jugendlichen lebten zuvor in der umstrittenen Asylunterkunft Drasenhofen und wurden Ende November im Caritas-Haus in Maria Enzersdorf untergebracht. Grund für die aktuelle Verlegungen sei u.a. das fehlende Sicherheitskonzept in St.Gabriel gewesen, so Martin Gantner, Pressesprecher der Caritas der Erzdiözese Wien, auf Rückfrage von "Kathpress". Die Übersiedlung erfolgte laut Caritas Wien "in Rücksprache mit der Kinder- und Jugendhilfe" und sei "angekündigt

gewesen und gut verlaufen". Wie es mit dem Standort St.Gabriel weitergehe werde Anfang März entschieden", so Gantner, der Gespräche zwischen Beamten und der Caritas ankündigte.

Das Büro von FPÖ-Landesrat Gottfried Waldhäusl kündigte laut APA an, dass vier weitere Jugendliche am Montag verlegt werden sollen - was auch von der Caritas Wien bestätigt wurde. Bereits vor rund zwei Wochen war laut Angaben der Caritas Wien ein unbegleiteter Minderjähriger in eine andere Unterkunft gebracht worden. In Maria Enzersdorf werden laut Caritas aber weiterhin jene acht Personen betreut, die

sich bereits vor November 2018 in der Unterkunft befunden hatten.

Alle bisherigen Verlegungen seien "gut über die Bühne gegangen", bei der Auswahl der neuen Quartiere "wurde mit Fingerspitzengefühl vorgegangen", meinte Gantner in Anlehnung auf die vorangegangenen Debatten mit FPÖ-Landesrat Waldhäusl. Wohin die Jugendlichen übersiedelt werden, gab Gantner nicht bekannt.

Waldhäusl hatte Anfang Februar überraschen angekündigt, dass die jungen Asylwerber aus Drasenhofen die Caritas-Einrichtung St. Gabriel verlassen müssen und ein Vertrag des Landes mit

der Caritas über eine weitere Betreuung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge nicht zustande komme. Als Grund gab Waldhäusl damals an, dass wegen der von der Caritas verrechneten Kosten von 100.000 Euro für ein Monat für die Betreuung von zehn Jugendlichen kein Vertrag mit der NGO zustande komme. Die Caritas wies diese Darstellung damals zurück. Man habe 94.000 Euro für 16 Jugendliche verrechnet, der Großteil Sachkosten wie Miete und Personalkosten. "Die intensive Betreuung der Jugendlichen war und ist notwendig, darum kam es zu dem Preis", erklärte Gantner auch heute wieder.

Österreichische Priester brechen zur Fußball-EM in Montenegro auf

Ybbser Pfarrer und Teamkapitän Hans Wurzer hofft auf Platzierung unter den "Top 10"

St. Pölten, 23.02.2019 (KAP) Kurzfristiger Aderlass für Österreichs Pfarren ab Sonntag: Das 15-köpfige Team der kickenden Priester ist nach einem Abschlusstraining zur Priester-Fußball-EM in Montenegro aufgebrochen, die am Montag eröffnet wird. Hans Wurzer, Pfarrer von Ybbs und Kapitän der österreichischen Priesterfußballnationalmannschaft, erhofft sich eine Platzierung unter den "Top 10". Zu Vorbereitung habe er mit Priestern aus ganz Österreich in Purgstall und St. Martin/Ybbsfelde trainiert, so der positiv gestimmte Kapitän in einer Aussendung am Samstag. Aus Wurzers Sicht seien Slowakei, Albanien, Kosovo und Serbien als Gegner in der Vorrunde bezwingbar. Je mehr junge Priester ein Land habe, desto größer seien deren Chancen. Wurzer zählt daher die Slowakei, Portugal und Vorjahressieger Polen zu den Favoriten.

"Montenegro hat gerade einmal 29 Priester, da muss sogar der Bischof mitkicken", so Wurzer, der seine priesterlichen Teamkollegen vom 25. Februar bis 1. März anführen wird. Insgesamt nehmen 18 Teams am Turnier teil, darunter große katholische Länder wie Polen, aber auch solche, wo die Katholiken eine Minderheit sind wie Kosovo, Weißrussland oder Kasachstan. Das kasachische Team wird übrigens vom Arbesbacher Missionar P. Leopold Kropfreiter verstärkt. Für den kleinen Balkanstaat sei die Ausrichtung der EM "eine Riesen-ehre", so Wurzer. Österreich organisierte das Turnier 2015 in St. Pölten.

Die österreichischen Priester-Kicker starten mit dem Segen von Sportbischof Alois Schwarz in das Turnier: "Bewegung und Sport

sind auch für Priester wichtig", so der St. Pöltner Bischof. Er sei froh, wenn unsere Priester gesund bleiben, ihn freue weiters, wenn der Austausch mit anderen Priestern aus Europa stattfindet. Er wünsche den Spielern rund um Kapitän Hans Wurzer alles Gute und eine tolle Europameisterschaft.

Unterstützung kommt auch von der Diözesansportgemeinschaft Österreichs (DSGÖ): "Das sind großartige Priester, die viele Menschen erreichen und die an die 'Ränder der Kirche' gehen - wie es Papst Franziskus aufgetragen hat. Wir sind von der DSGÖ sind nah an der Basis und wissen, dass zahlreiche Österreicher dem Team die Daumen drücken", so Josef Eppensteiner vom DSGÖ-Vorsitzteam:

25 Jahre Nationalmannschaft

Das österreichische Team setzt sich aus Priestern aus sechs Nationen zusammen, Kapitän Wurzer kann dabei aus über 3000 österreichischen Priestern auswählen. Kraft schöpfe das Team aus einem besonderen "Ruf", so Wurzer: "Um uns richtig zu motivieren, ruft das Team vor jedem Spiel ein ehrfurchtsvolles, kraftvolles, dreifaches 'Halleluja'". Das Team "erkickte" im Vorjahr Rang 6 bei der EM in Brescia (Italien). Das ist das beste Resultat seit Jahren.

Im September begeht die Nationalmannschaft das 25-jährige Bestehen. Wurzer freut sich über die "breite Unterstützung", die man bekomme: "Viele drücken uns die Daumen, manche beten sogar dafür, dass wir gewinnen." Gewinnen sei nicht alles, aber sein Team sei doch hochmotiviert. Schließlich gehe es auch um

völkerverbindende Zeichen: Neben den gemeinsamen Gottesdiensten seien die Begegnungen

ganz wichtig. Und meist werde bei den Spielen für Menschen in Not gespielt.

Wien: Ganymed-Performance mit christlichen Bezügen

Veranstaltung im Kunsthistorischen Museum (KHM) zum Thema Liebe - Franz Schuh interpretiert Gleichnis vom verlorenen Sohn

Wien, 22.02.2019 (KAP) Religiöse Kunstwerke, wie "Adam und Eva" von Hans Memling oder die "Rosenkranzmadonna" von Carvaggio sind Teil der Performance "Ganymed", die ab 13. März bereits zum sechsten Mal im Kunsthistorischen Museum (KHM) stattfinden wird. Gemeinsam sei diesen Werken nicht nur der religiöse Hintergrund, sondern auch das Thema Liebe, erklärte Ganymed-Regisseurin Jacqueline Kornmüller im Gespräch mit "Kathpress" die Performance mit dem Titel "Ganymed in Love". Dabei werden Werke der Kunstgeschichte von 30 Künstlern mit Texten, Musik und Tanz "zum Leben erweckt", erklärte Kornmüller. So interpretiere u.a. der Schriftsteller Franz Schuh das "Gleichnis vom verlorenen Sohn" von Pompeo Batoni als Familienkonflikt.

Das Christentum und seine religiösen Motive seien für die Performance besonders spannend, weil sie tief mit der europäischen Kultur verankert seien, meinte Schauspieler Peter Wolf, der die Performance "Ganymed" gemeinsam mit Kornmüller gegründet hat. Den Mythen und Gleichnissen könne man auch heute "nicht entkommen", so Wolf.

"Die Künstler geben den Kunstwerken mit teils religiösem Inhalt eine neue, gesellschaftliche oder politische Tiefe", erklärte Kornmüller. Dem

Schriftsteller Franz Schuh gehe es beim "Gleichnis vom verlorenen Sohn" nicht um eine traditionelle Auslegung, meinte die Regisseurin. Schuh rücke in seinem "Ganymed"-Beitrag, gespielt vom Schauspieler Peter Wolf, den "benachteiligten zweiten Sohn" in den Mittelpunkt. Dieser stehe für die aktuelle Politik, die mit sogenannten "Benachteiligungs-Ängsten und der Furcht, zu kurz zu kommen," spiele, so Kornmüller.

"Wir suchen nach Themen, die in der Gemäldegalerie des KHM sichtbar sind. Und das Thema Liebe ist in jedem Bild zu finden", erklärte Ganymed-Regisseurin Kornmüller die Vorgehensweise. Der Mensch sei ständig auf der Suche nach Liebe, die sich dabei zwischen Sünde und Vergebung, Mann und Frau oder in der Liebe zum Leben oder der Kunst abspiele. Die insgesamt dreißig Künstler sollen diese Gefühlswelt der Gemäldegalerie zu neuem Leben erwecken. Dabei kommen u.a. auch Schauspieler, Musiker und Tänzer zum Einsatz.

"Ganymed in Love" kooperiert auch mit der Hilfsorganisation Caritas, so das KHM in einer Aussendung: Im Zuge einer Sondervorstellung am 25. April wird der Gesamterlös dem Caritas-Projekt "Frauen in Not" gespendet. (Informationen unter: www.ganymedinlove.at)

V A T I K A N / R O M / A U S L A N D

Papst veröffentlicht Ende März ein Schreiben zur Jugendsynode

Bischofssynode zum Thema "Jugend, Glaube und Berufungsunterscheidung" fand vom 3. bis 28. Oktober 2018 in Rom statt

Vatikanstadt, 24.02.2019 (KAP) Ende März wird Papst Franziskus ein eigenes Schreiben zur Jugendsynode vom vergangenen Oktober veröffentlichten. Wie der Vatikan am Sonntag weiter mitteilte, wird der Papst dies anlässlich eines Besuches im italienischen Marienwallfahrtsort Loreto tun. Die Bischofssynode zum Thema "Jugend,

Glaube und Berufungsunterscheidung" fand vom 3. bis 28. Oktober 2018 in Rom statt. Mit dem nachsynodalen Schreiben will Franziskus deren Ergebnisse und Folgen zusammenfassen.

Die Jugendsynode war stark geprägt von den Beiträgen junger Auditoren, die dort zwar ein Rede-, aber kein Stimmrecht besaßen. Zudem war

das Treffen im Oktober das erste seiner Art, das durch eine vorsynodale Versammlung mit vorbereitet worden war. Zum Abschluss hatten die Synodalen - Bischöfe und Ordensobere - bereits ein Abschlussdokument verabschiedet.

Darin wurden zum einen wesentliche Faktoren und Herausforderungen der unter-

schiedlichen Lebenswelten weltweit skizziert. Zum anderen befasste es sich gezielter mit Aspekten der Missbrauchskrise sowie mit Migration und Digitalisierung. Aber auch eine verstärkte Einbeziehung junger Menschen in kirchliche Verantwortung war besprochen worden.

Kardinal Sandri vertritt Papst bei Franziskus-Feiern in Ägypten

Gedenken an die historische Begegnung zwischen dem hl. Franziskus und dem vierten ayyubidischen Sultan ab 1. März - Konferenz der Al Azhar-Universität unter dem Titel "Für einen Dialog in Frieden und Gelassenheit"

Kairo-Vatikanstadt, 24.02.2019 (KAP) Bei den 800-Jahr-Feiern der Begegnung zwischen dem Heiligen Franziskus und Sultan Al-Malik al-Kamil wird der Präfekt der vatikanischen Ostkirchenkongregation, Kardinal Leonardo Sandri, Papst Franziskus vertreten. Die Feiern finden von 1. bis 3. März statt, die ägyptischen Franziskaner haben eine Reihe von Veranstaltungen vorbereitet.

Am 1. März ist Damietta - die Stadt, vor deren Mauern im September 1219 die historische Begegnung zwischen dem Heiligen Franziskus und dem Sultan ablief - Ziel einer großen Wallfahrt. Am 2. März findet an der Al Azhar-Universität eine Konferenz unter dem Titel "Für einen Dialog in Frieden und Gelassenheit" statt. Organisiert wird die Konferenz vom Weltverband der Al Azhar-Absolventen und den ägyptischen Franziskanern. Am 3. März feiert Kardinal Sandri in der Josefskirche in Kairo einen Festgottesdienst.

Der Heilige Franziskus hatte sich dem 5. Kreuzzug angeschlossen. Er verließ Italien am 24. Juni 1219, per Schiff gelangte er nach Akkon. Im

August 1219 war er in Ägypten und suchte das Friedens- und Glaubensgespräch mit dem vierten ayyubidischen Sultan. Das Gespräch blieb ohne unmittelbares Ergebnis, allerdings unterbreitete der Sultan Vorschläge, Jerusalem und Teile Palästinas auf Zeit (wie es dem islamischen Brauch entspricht) an die Christen zurückzugeben. Die Teilnehmer des 5. Kreuzzugs lehnten aber ab.

Zehn Jahre später wurde dieser Vorschlag des Sultans aber im Zusammenwirken mit dem römischen Kaiser (und König von Sizilien) Friedrich II. verwirklicht. Friedrich II. hatte den 6. Kreuzzug ins Heilige Land geführt, wollte aber nicht militärisch, sondern diplomatisch vorgehen und fand in Sultan al-Kamil einen kongenialen Partner. In Jerusalem wurde (einschließlich des Tempelbergs) ein höchst komplexes System der doppelten Souveränität eingerichtet, das es u.a. den Christen ermöglichte, wieder im Felsendom und in der Al-Aksa-Moschee zu vereinbarten Terminen die Heilige Messe zu feiern.

Vor 50 Jahren starb Karl Jaspers

Jaspers zählt zu den großen deutschen Philosophen und Psychologen - Seine auch politisch bedeutsame Stimme in der Nachkriegszeit verstummte am 26. Februar 1969 für immer - Von Angelika Prauß

Bonn, 24.02.2019 (KAP/KNA) Eine chronische Lungenkrankheit und Herzinsuffizienz - schon in jungen Jahren trifft Karl Jaspers die Diagnose. Zeit seines Lebens, das dann doch 90 Jahre bis zu seinem Tod am 26. Februar 1969 währen sollte, darf er sich körperlich nicht anstrengen und muss penibel auf seine Gesundheit achten. In einer geistigen Tätigkeit sieht er für sich die "einzige Wirkungsmöglichkeit". Diese sollte der

deutsche Psychiater und Philosoph dann in herausragender Weise ausüben.

1913 habilitiert sich der 30-jährige mit der "Allgemeinen Psychopathologie" in Psychologie, noch heute ein Standardwerk. Er entwickelt einen neuen Ansatz, über das Seelische zu sprechen. Jaspers versteht jede menschliche Äußerung als Erscheinung eines unbekanntes und unendlichen Ganzen. Psychologisches und

philosophisches Denken ergänzen sich zunehmend bei Jaspers, der sich nebenher mit Kierkegaard, Nietzsche, Kant und Hegel beschäftigt. 1916 wird er Professor in Heidelberg, zunächst für Psychologie, 1921 erhält er einen Lehrstuhl für Philosophie, auch wenn er das Fach nie studiert hatte.

Jaspers, der zuvor in der Psychiatrie in menschliche Abgründe geblickt hat, beschäftigt sich nun philosophisch mit der Frage des Seins. Einer seiner Schlüsselbegriffe ist "das Umgreifende"; es spiegelt sich für ihn in der Existenz des Menschen sowie in der Transzendenz des Ganzen der Welt wider, auch wenn es der Mensch nicht in seiner Ganzheit erfassen kann. Auch menschliche Krisen wie Leid, Schuld und Tod sind sein Thema. Solche existenziellen Prüfungen sollte der Mensch nicht allein, auf sich zurückgeworfen, erleben. Ein zentraler Begriff für ihn ist die Kommunikation. "Ich muss veröden, wenn ich nur ich bin."

Dass die Heirat mit der Jüdin Gertrud Mayer 1910 dem Protestanten Jaspers einmal Probleme machen sollte, konnte er nicht ahnen. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten galt er als Staatsfeind. 1937 wird er zwangspensioniert, er erhält ein Publikationsverbot. Um ein Haar wäre er im Frühjahr 1945 noch in ein KZ verschleppt worden, doch die US-Armee marschiert rechtzeitig in Heidelberg ein.

Noch im selben Jahr kehrt er an die Uni zurück. Von den amerikanischen Besatzern wird er mit dem Wiederaufbau der Universität Heidelberg betraut. Die NS-Zeit überlebt zu haben, begreift er als Auftrag und Verpflichtung. Seine erste Vorlesung im Wintersemester 1945/46 - 1946 unter dem Titel "Die Schuldfrage" publiziert - gilt als Meilenstein der Auseinandersetzung mit den Kriegsjahren. Statt Verdrängung fordert er

darin die differenzierte Auseinandersetzung mit der Schuld "der Deutschen".

Es sei "sinnwidrig, ein Volk als Ganzes eines Verbrechens zu beschuldigen. Verbrecher ist immer nur der einzelne... Es ist auch sinnwidrig, ein Volk als Ganzes moralisch anzuklagen... Moralisch kann immer nur der einzelne, nie ein Kollektiv verurteilt werden." Jaspers ist Beobachter beim Auschwitz-Prozess und spricht sich gegen eine mögliche Verjährung von NS-Verbrechen aus.

In Sorge um einen möglichen Atomkrieg veröffentlicht er 1958 das viel beachtete Buch "Die Atombombe und die Zukunft des Menschen". Acht Jahre später erscheint "Wohin treibt die Bundesrepublik?". Jaspers sprach sich darin - nach dem Schweizer Vorbild - gegen Machtpolitik und Parteienstaat und für mehr direkte Demokratie aus. Diese hat er in der Schweiz kennengelernt, wo er seit 1948 mit seiner Frau lebte und bis 1961 einen Lehrstuhl für Philosophie innehatte.

Kein Philosoph verkauft in Deutschland zwischen 1945 und 1965 mehr Bücher als er. Er mischt sich immer wieder in politische Debatten ein, findet auch international Beachtung, wird mit zahlreichen Auszeichnungen und Ehrenmitgliedschaften geehrt.

Noch heute sind zahlreiche Schriften erhältlich, die das komplexe Denken von Karl Jaspers einem breiten Publikum erschließen, der als einer der Hauptvertreter der Existenzphilosophie gilt. Nach seinem Selbstverständnis ist Philosophie keine Wissenschaft an sich, sondern eher ein Grundton, der die ganze menschliche Existenz durchzieht. Viele seiner Gedanken sind hochaktuell. Etwa wenn er sagt: "Der Mensch steht heute vor der Alternative: Untergang des Menschen oder Wandlung des Menschen."

Kirche von England ruft vor Brexit zu fünf Gebetstagen auf

Anglikanischer Erzbischof von Canterbury, Justin Welby: "Heute sehen wir Zeichen der Spaltung"

London, 24.02.2019 (KAP/KNA) Die Kirche von England ruft ihre Mitglieder zu fünf Gebetstagen als Vorbereitung auf den Brexit auf. Die Gemeinden sollten für das Land beten, wenn sich Großbritannien dem Austrittstermin aus der Europäischen Union am 29. März nähert, sagte Erzbischof Justin Welby am Sonntag laut britischen Medien.

Demnach will der Primas der Anglikanischen Kirche am Tag nach dem Brexit ein öffentliches Gebet mit den leitenden Geistlichen der Katholiken, Methodisten, Baptisten und Reformierten halten, hieß es.

"Das Leben wird weitergehen, und Gottes Mission wird nicht durch solche Ereignisse

gestoppt", ermutigte Welby. Doch der Brexit habe gezeigt, "dass unsere Politik und Gesellschaft seit Jahrzehnten dem Gemeinwohl in einer Gesellschaft, in der jeder gedeihen kann, nicht genügend Beachtung geschenkt hat".

Die Menschen sollten für alle beten, "die hohe Positionen einnehmen", so Welby weiter. Es sei einfacher, am Rande zu stehen und zu urteilen, wenn man die Entscheidungen nicht selber treffen müsse, sagte der Erzbischof von Canterbury. "Heute sehen wir Zeichen der Spaltung, vielleicht deutlicher als für Generationen in

Friedenszeiten." Ungleichheit und fehlende soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit nähmen vielen die Hoffnung.

Die Menschen seien aufgerufen, sich in Großbritannien und in ganz Europa der Herausforderung zu stellen, wo die Kirche besonders betroffen sei. "Der Schmerz und die Ausgrenzung dauern in diesem Land an", so der Erzbischof. "Wenn wir als Nation nicht aufpassen, wird dies zu größerer Spaltung führen."

Kirchenblatt bleibt meistverkauftes Wochenmagazin in Polen

"Gosc Niedzielny" (Sonntagsgast) der Erzdiözese Kattowitz wieder Auflagen-Champion mit klarem Vorsprung vor den regierungskritischen Nachrichtenmagazinen "Polityka" (Politik) und "Newsweek Polska"

Warschau ,23.02.2019 (KAP) Das Kirchenblatt "Gosc Niedzielny" (Sonntagsgast) war 2018 erneut die meistverkaufte meinungsbildende Wochenzeitschrift in Polen. Knapp 113.000 Käufer fand das Magazin wöchentlich im Durchschnitt, wie das Online-Portal "Wirtualnemedial.pl" (Freitag) unter Berufung auf den Auflagenkontrollverband ZKDP berichtet. Damit bleibt die von der schlesischen Erzdiözese Kattowitz (Katowice) herausgegebene Zeitschrift Auflagen-Champion mit klarem Vorsprung vor den regierungskritischen Nachrichtenmagazinen "Polityka" (Politik) mit 97.400 und "Newsweek Polska" mit 85.400 Exemplaren.

Die Auflagen von acht der neun konkurrierenden Blätter sanken demnach gegenüber 2017. Das Minus bei "Gosc Niedzielny", "Polityka" und "Newsweek" betrug jeweils über 10.000 Exemplare. Das einzige Plus verzeichnete die

liberale katholische "Tygodnik Powszechny" (Allgemeine Wochenzeitung) aus Krakau. Sie konnte um 13,4 Prozent zulegen und landete mit 27.200 Stück auf Rang sechs. Zwei andere landesweite Kirchenblätter, "Niedziela" (Sonntag) und "Przewodnik Katolicki" (Katholischer Führer), melden ihre Auflage nicht dem Verband ZKDP.

Seit 2010 ist "Gosc" der Champion auf dem hart umkämpften polnischen Markt der Nachrichtenmagazine. Zeitweise erreichte das katholische Blatt die Marke von 150.000 verkauften Exemplaren. Ihren Erfolg verdankt die konservative Zeitschrift unter anderem der Aufmachung, die einem modernen Nachrichtenmagazin gleicht. Die Chefredaktion bezeichnet das Wochenblatt als "Instrument der Evangelisierung". Man greife alle wichtigen Themen auf und vertrete den katholischen Standpunkt.

Medien: Kirche steht Umbettung Francos nicht im Weg

In Spanien wird seit Monaten heftig über die Umbettung des "Caudillo" gestritten, die nach dem Willen der Regierung längst hätte vollzogen sein sollen

Madrid, 23.02.2019 (KAP/KNA) Die spanische Regierung hat laut eines Medienberichts erklärt, der Vatikan wolle die Pläne zur Umbettung der sterblichen Überreste des Diktators Franco nicht behindern. Nach Angaben von Vizeregierungschefin Carmen Calvo sagte das Staatssekretariat des Heiligen Stuhls zu, die Benediktiner als Hausherrn der Basilika anzuweisen, sich den Plänen des

sozialistischen Premiers Pedro Sanchez nicht entgegenzustellen, wie die "Süddeutsche Zeitung" (Freitag) berichtet. Das Grab Francisco Francos (1892-1975) befindet sich in einer Höhlenkirche im Tal der Gefallenen bei Madrid.

Sanchez hatte demnach bereits gedroht, den Benediktinern das Hausrecht über das Tal der Gefallenen zu entziehen. Allerdings erklärte

Abt Santiago Cantera laut dem Medienbericht, er werde sich nur einer Entscheidung des Obersten Gerichts beugen, falls die Nachkommen Francos weiterhin den Plan der Regierung ablehnten.

In Spanien wird seit Monaten heftig über die Umbettung gestritten, die nach dem Willen der Regierung längst hätte vollzogen sein sollen. Ende August hatte sie ein Dekret auf den Weg gebracht, um die notwendigen juristischen Voraussetzungen zu schaffen. Der spanische Kongress stimmte Mitte September zu. Ein neuerlicher Kabinettsbeschluss vom 15. Februar sah vor, dass den Angehörigen des "Caudillo" 15 Tage Zeit bleiben, um einen geeigneten neuen Bestattungsort zu wählen. Eine Familiengruft in der Madrider Almudena-Kathedrale lehnte die Justizministerin Dolores Delgado ab. Zu groß sei die Gefahr, dass eine neue Pilgerstätte für Rechtsextreme und damit ein Sicherheitsrisiko entstehe.

Zahlreiche rechtliche Hürden und erhebliche Widerstände in der spanischen Bevölkerung erschwerten bislang eine Verlegung des Grabes, das sich in der Sierra de Guadarrama nahe Madrid befindet. Die dortige Gedenkstätte mit dem mehr als 150 Meter hohen freistehenden Steinkreuz und einer riesigen in den Fels gehauenen Kirche hatte Franco noch zu Lebzeiten errichten lassen.

Mit dem gewaltigen Monument wollte er die "für Gott und Spanien" Gefallenen des Spanischen Bürgerkriegs (1936-1939) beerdigen und ehren. In einer Gruft befinden sich die sterblichen Überreste Zehntausender Soldaten. Viele von ihnen wurden anonym bestattet. Doch längst nicht alle waren Franco-Anhänger. Unter den Toten sind auch Tausende republikanische Kriegsoffer. Viele ihrer Hinterbliebenen empfinden dies bis heute als Demütigung.

Libanon: Patriarch Rai gesprächsbereit über Zivilehe

Maronitischer Kardinal: Zivile Eheschließung soll nicht als Alternative zur religiösen Eheschließung eingeführt werden, sondern nur die zivilen Auswirkungen aller ehelichen Verbindungen im Libanon festschreiben unabhängig von der Religionszugehörigkeit der Eheleute

Beirut, 24.02.2019 (KAP) Der maronitische Patriarch, Kardinal Bechara Boutros Rai, hat signalisiert, dass er nicht von vornherein gegen die Einführung einer verpflichtenden zivilen Eheschließung im Libanon ist. Derzeit ist das Personenstandsrecht im Libanon ausschließlich religiös geregelt, je nach den Bestimmungen der 18 anerkannten Religionsgemeinschaften. Nach einer Begegnung mit Staatspräsident Michel Aoun am Freitag sagte der Kardinal-Patriarch, er sei nicht "absolut" gegen ein Gesetz, dass die Ehe auch als eine Verbindung zivilen Charakters definiert. Was er sich nicht vorstellen könne, sei die Einführung einer zivilen Eheschließung als Alternative zur religiösen Eheschließung. Denn dann würde das Land spalten.

Nach Einführung der verpflichtenden zivilen Eheschließung werde er den maronitischen Katholiken in Erinnerung rufen, dass die Ehe eines der sieben Sakramente der Kirche ist, sagte Rai. Wer als Christ leben wolle, müsse eine sakramentale Ehe eingehen. Ausdrücklich wies der Kardinal-Patriarch öffentliche Polemiken zurück, wonach sich die christlichen und muslimischen Hierarchien gegen die Zivilehe wenden würden, weil sie befürchten, die bei Abhaltung und

Registrierung der religiösen Eheschließungen anfallenden Gebühren zu verlieren.

Schon bei früheren Gelegenheiten hatte sich der maronitische Patriarch - wie die katholische Nachrichtenagentur "Fides" erinnert - für ein Gesetz über die "obligatorische Zivilehe" ausgesprochen, um die zivilen Auswirkungen aller ehelichen Verbindungen im Libanon festzuschreiben, unabhängig von der Religionszugehörigkeit der Eheleute. Dazu wäre allerdings auch eine Änderung des Artikels 9 der libanesischen Verfassung notwendig, der vorsieht, dass der persönliche Status jedes Bürgers und jeder Bürgerin durch die Bestimmungen und die juristische Praxis der Religionsgemeinschaft geregelt wird, der er oder sie angehört.

Die neue Debatte um die Zivilehe wurde durch Äußerungen der neuen libanesischen Innenministerin Sunni Raya Hassan ausgelöst. Sie hatte erklärt, man wolle Raum für die Anerkennung der Zivilehe in der libanesischen Gesetzgebung schaffen und hoffe auf eine Debatte zu diesem Thema. Bereits seit 2013 ist bekannt, dass der libanesischer Ministerpräsident Saad Hariri - ein sunnitischer Muslim - die gesetzliche Anerkennung der standesamtlichen Eheschließung nicht

unbedingt ablehnt. "Persönlich" würde er nicht wollen, dass seine Tochter sich für eine standesamtliche Ehe entscheidet, aber er könne sich in seiner Rolle als Premierminister dem nicht widersetzen, sagte Hariri damals.

Positiv reagierten auf den Vorstoß der Innenministerin der drusische Fürst Walid Jumblatt und der christliche frühere Staatspräsident Amin Gemayel. Die schärfste Ablehnung kam vom Dar-al-Fatwa, dem Ordinariat des sunnitischen Islam: Der Vorschlag der Zivilehe widerspreche radikal den von der Scharia inspirierten Ehegesetzen. Auch Pfarrer Abdo Abu Kassem vom Katholischen Informationszentrum bekräftigte, dass sich libanesische Christen und Muslime in diesem Punkt einig seien und die

katholische Kirche keine Gesetze unterstützen könne, die die Ehe nicht als Sakrament anerkennen. Ähnlich äußerte sich der maronitische Erzbischof von Beirut, Boulos Matar. Nach Ansicht des schiitischen Parlamentspräsidenten Nabih Berri gibt es keinen Spielraum für politische Verhandlungen zu diesem Thema.

Bereits Anfang 2013 hatte eine Debatte zur Frage der Zivilehe stattgefunden. Damals war diese angestoßen worden, nachdem ein junges schiitisches Paar seine Ehe vor einem Anwalt und nicht vor einer religiösen Instanz geschlossen hatte und das Eheschließungsdokument in Erwartung einer offiziellen Stellungnahme bei den zuständigen Behörden des Innenministeriums hinterlegte.

Türkei: Wieder chaldäisch-katholischer Erzbischof für Diyarbakir

Ramzi Garmou wurde von Teheran in die Großstadt in der östlichen Türkei transferiert

Ankara, 24.02.2019 (KAP) Seit kurzem gibt es in Diyarbakir (römisch: Amida, kurdisch: Amid) wieder einen chaldäisch-katholischen Erzbischof: Es ist Ramzi Garmou, zuvor chaldäisch-katholischer Erzbischof von Teheran. Der chaldäisch-katholische Patriarch, Kardinal Mar Louis Raphael Sako, hatte - mit Zustimmung seiner Bischofssynode und unter Information des Heiligen Stuhls - Garmou von Teheran nach Diyarbakir transferiert. Das berichtete die Wiener Stiftung "Pro Oriente" am Sonntag.

Erzbischof Garmou hatte verschiedentlich das Missfallen der Hardliner im iranischen Sicherheitsapparat erregt, weil er bei Messfeiern in Teheran mitunter auf Persisch gepredigt hatte. Den chaldäisch-katholischen Christen ist - ebenso wie anderen christlichen Gruppen wie den Armeniern - nur Kultfreiheit als religiös-nationale Minderheit eingeräumt. Predigten auf Persisch werden als verbotene Missionierung interpretiert. Der Erzbischof spricht Suryoyo, Arabisch, Persisch und Französisch.

Ramzi Garmou stammt aus der Stadt Zakho im Irak, wo er 1945 geboren wurde. Er trat in das Priesterseminar der Dominikaner in Mosul ein und setzte seine Studien später in Frankreich fort. 1977 wurde er für die Erzeparchie Teheran zum Priester geweiht. Als Seelsorger war er zunächst in Bagdad, dann später in Teheran tätig. 1995 wurde er zum Erzbischof-Koadjutor für Teheran gewählt, der damalige chaldäische

Patriarch, Mar Raphael I. Bidawid, weihte ihn am 25. Februar 1996 zum Bischof. Im Februar 1999 wurde Garmou Nachfolger des verstorbenen Teheraner Erzbischofs Mar Youhanna Semaan Issayi. Zusätzlich übte er von 2013 bis 2016 die Funktion eines Apostolischen Visitators für die in Europa lebenden chaldäisch-katholischen Gläubigen aus. Von 2007 bis 2011 und dann wieder von 2015 bis 2018 wirkte er auch als Vorsitzender der katholischen Bischofskonferenz des Iran.

Mit seiner Transferierung nach Diyarbakir hat die Stadt mit den eindrucksvollen schwarzen Basaltstadtmauern aus römischer Zeit nach langer Zeit wieder einen Bischof. Der Bischofssitz von Amida reicht in frühchristliche Zeit zurück, wobei es ab dem 5. Jahrhundert immer Bischöfe mehrerer Konfessionen in der Stadt gab, auch Bischöfe der Apostolischen Kirche des Ostens, der Mutterkirche der chaldäisch-katholischen Kirche.

Diyarbakir hatte bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs - wie viele andere anatolische Städte - noch eine zu 50 Prozent christliche Bevölkerung. Aber der Vali (Gouverneur) von Diyarbakir, Mehmet Reschid Bey (ein Arzt aus tscherkessischer Familie), entwickelte eine tödliche Strategie zur Ausrottung aller Christen in seinem Bereich. Er war stolz darauf, sein Vilayet (Provinz) "christenfrei" gemacht zu haben und war einer der Mitbegründer des "Komitees für Einheit und Fortschritt" (Ittihad ve Terakki), das während des

Ersten Weltkriegs die osmanische Regierung stellte. Als einer der wenigen Täter des Völkermordes an den Christen wurde Reschid Bey 1918 verhaftet, um vor ein Kriegsgericht in

Konstantinopel gestellt zu werden. Unter ungeklärten Umständen hatte er Gelegenheit, sich am 6. Februar 1919 im Gefängnis zu erschießen.

Nigerianischer Bischof: Boko Haram will die Wahlen stören

Kurz vor Öffnung der Wahllokale in Nigeria ist es in der Stadt Maiduguri zu mehreren Explosionen gekommen

Abuja , 23.02.2019 (KAP/KNA) Kurz vor Öffnung der Wahllokale in Nigeria am Samstag ist es in der Stadt Maiduguri zu mehreren Explosionen gekommen. Damit wolle die Terrormiliz Boko Haram die Wahlen stören, sagte der katholische Bischof Oliver Dashe Doeme der deutschen Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA). Die Explosionen hatten sich in Vororten der Stadt im Nordosten Nigerias ereignet. Sicherheitskräfte seien schnell zur Stelle gewesen. Auswirkung auf die Wahlbeteiligung durch die Vorfälle befürchtet der Bischof nicht: "Die Menschen wollen wählen. Die Wahl hat mittlerweile auch begonnen."

In Nigeria werden am Samstag ein neuer Staatschef sowie Senats- und Parlamentsabgeordnete gewählt. Der Urnengang war vor einer Woche aus logistischen Gründen überraschend verschoben worden.

Erwartet wird ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Amtsinhaber Muhammadu Buhari (76) vom All Progressives Congress (APC) und dem Spitzenkandidaten der People's Democratic Party (PDP), Atiku Abubakar (72). Beide sind seit Jahrzehnten in der Politik aktiv. Vor seiner Wahl 2015, die in Nigeria zum ersten friedlichen Machtwechsel seit der Unabhängigkeit 1960 führte, war Buhari von 1983 bis 1985 Militärherrscher. Atiku war von 1999 bis 2007 Vizepräsident, wechselte mehrfach die Partei und unterstützte noch vor vier Jahren seinen heutigen Kontrahenten Buhari.

Laut der unabhängigen nationalen Wahlkommission (INEC) hatten sich mehr als 84 Millionen Menschen der 190 Millionen Einwohner für die Wahlen registriert. 72,7 Millionen hatten ihre Wählerkarten, die zur Stimmabgabe berechtigen, auch abgeholt.

Indiens Premier nutzt weltgrößtes Hindu-Fest für Wahlkampf

An den Orten der heiligen Waschung am Ufer des Ganges wurden Tausende Pappfiguren von Premierminister Modi aufgestellt

Neu Delhi, 23.02.2019 (KAP/KNA) Indiens Premierminister Narendra Modi nutzt das weltgrößte religiöse Fest Kumbh Mela für den Wahlkampf. Bei dem hinduistischen "Fest des Kruges" gehe es gleichermaßen um "soziale Reformen" wie um "Spiritualität", sagte Modi am Samstag vor Delegierten der Millionen umfassenden Kumbh-Mela-Pilger aus 188 Ländern. Die Parlamentswahlen im April und Mai bezeichnete der Politiker der hindunationalistischen Partei BJP als "Kumbh der Demokratie", heißt es in der auf Modis Webseite veröffentlichten Erklärung. Wie die Kumbh Mela sei auch die indische Parlamentswahl eine "Quelle der Inspiration für die ganze Welt".

Zu dem jahrtausendealten hinduistischen Fest der Reinigung durch ein Bad im heiligen Fluss Ganges wurden rund 120 Millionen Pilger

aus aller Welt erwartet. Es begann am 15. Januar und endet am 4. März. Neben religiösen Ritualen sind Seminare und Foren ein Schwerpunkt des Festes, bei denen soziale und politische Fragen diskutiert werden.

Die Kumbh Mela 2019 ist auch ein politisches Ereignis, das im Wahlkampf von hindunationalistischen Organisationen und Parteien für Propaganda genutzt wird. An den Orten der heiligen Waschung am Ufer des Ganges wurden laut indischen Medien Tausende Pappfiguren von Premierminister Modi aufgestellt.

Oppositionsführer Rahul Gandhi hat Modi im Wahlkampf wiederholt vorgeworfen, die Religion als "politische Waffe" zu nutzen. Seit den Erfolgen der säkularen Kongress Partei unter Gandhis Führung bei mehreren Landtagswahlen Ende

2018 ist der Nimbus der Unbesiegbarkeit von Modi und der BJP dahin.

Der Hinduismus ist keine verfasste Religion. Unter den Hunderten hinduistischen Kulturen ist auch die politische Hindutva, die eine Umwandlung des säkularen Indiens in einen Hindu-Gottesstaat anstrebt. Politischer Arm der Hindutva ist die BJP von Narendra Modi.

Der Name Kumbh Mela geht auf die hinduistische Legende vom "Quirlen des Milchozeans" zurück. In dem Schöpfungsmythos wanden Götter und Dämonen die Schlange Vasuki als Seil um den Götterberg Meru und machten sie so zum Quirl. Damit rührten sie das Wasser so lange, bis es so weiß wie Milch wurde und die Welt und der Kosmos daraus auftauchten.

| | |
|---|--|
|  | |
| <p>IMPRESSUM: Medieninhaber (Verleger) Herausgeber, Hersteller: Institut "Katholische Presseagentur" Chefredakteur & Geschäftsführer: Paul Wuthe Redaktion: Andreas Gutenbrunner, Henning Kligen, Franziska Libisch-Lehner, Robert Mitscha-Eibl, Franz Morawitz, Jennifer Mostögl, Johannes Pernsteiner, Georg Pulling Alle: A-1011 Wien, Singerstraße 7/6/2 (Postfach 551) Tel: +43 (0)1 512 52 83 Fax: +43 (0)1 512 18 86 E-Mail an die Redaktion: redaktion@kathpress.at E-Mail an die Verwaltung: buero@kathpress.at Internet: www.kathpress.at Bankverbindung: Schelhammer&Schattera Kto.Nr. 10.2343 BLZ 19190 IBAN AT22 1919 0000 0010 2343/ BIC:BSSWATWW DVR: 0029874(039)</p> | |